

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 19. November 1892.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$ Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Aus den Jahresberichten der deutschen Fabrikinspektoren.

IV.

Die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter wird in den Berichten sehr eingehend behandelt, indes ist das gewonnene Bild nichts weniger als erfreulich. Das angeführte Material gibt aber kein richtiges Bild; einmal sind die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung im Berichtsjahre noch nicht in Geltung gewesen. Danach sollen Kinder unter 13 Jahren überhaupt nicht in Fabriken beschäftigt werden; über 13 erst nach Absolvierung der Volksschule; auch sollen alle jugendlichen Arbeiter unter 14 Jahren täglich nur 6, die von 14—16 Jahren nur 10 Stunden täglich, unter entsprechenden Pausen, beschäftigt werden. Jugendliche Arbeiter dürfen nicht vor halb 6 Uhr Morgens und nicht nach halb 9 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen gar nicht beschäftigt werden. Dann sind die im Berichte angeführten Daten über die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter nichts weniger als beweiskräftig. Der Inspektor für Cassel z. B. gibt diese Zahl auf 194 an, muß aber beifügen, diese Zahl sei um bewußt werthlos, weil die Aufnahme vor der Schulentlassung stattgefunden habe; nach der Schulentlassung würden von den Fabrikanten immer mindestens 1000 Kinder unter 14 Jahren zur Arbeit in Fabriken angenommen. Von den anderen Inspektoren wird nicht angegeben, wie und wann die angeführten Zahlen entstanden.

Die Verberbllichkeit und Schädlichkeit der Kinderarbeit wird von den Inspektoren leider noch zu wenig eingesehen. Eine ganze Reihe sprechen geradezu die Behauptung von Angemessenheit und Unschädlichkeit ganz offen aus. Herr Siebraht aus Dresden sagt z. B.: „Die im Bezirk eingeführte Art der Beschäftigung der jungen Leute und Kinder hat in keinem Falle zu Erinnerungen Anlaß gegeben; dieselbe war nirgends als eine ungeeignete oder unangemessene zu bezeichnen.“ Aus Sachsen-Meinungen weiß der Bericht sogar zu melden, daß nicht einmal „Ueberanstrengungen“ wahrgenommen werden konnten. „Ebenso wenig hat sich ein nachtheiliger Einfluß der Fabrikarbeit auf die körperliche Entwicklung und sittliche Erziehung nachweisen lassen.“ Da ist es wirklich zu verwundern, daß solche Inspektoren nicht auch ihre eigenen Kinder in diese Fabriken schicken. Ein weiteres Wunder ist es, daß angesichts solcher Schilderungen die Inspektoren gleichwohl zu Strafanzeigen gezwungen sind. In Sachsen mußten z. B. wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in Bezug auf Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter 1118 Anzeigen erfolgen, darunter 24 wegen Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, 109 wegen zu langer Arbeitszeit, 54 wegen Nichtinnehaltung der Pausen usw. Im Vorjahre betrug die Zahl der Anzeigen 1117; die

Unternehmer sind also sehr rückfällig, aber da suchen wir vergebens nach den Worten der Entrüstung wie sie gegen Arbeiter so oft erklingen.

Sehen wir zu, in welchen Industrien und welcher einseitiger Beschäftigung heute noch diese Kinder und jugendlichen Arbeiter beschäftigt werden, dann ist das Bild freilich ein anderes. Der Kölner Inspektor berichtet über Gefahren der Bleivergiftung durch die Glasurarbeiten in einer Porzellanfabrik; der Barmer über gesundheitschädliche Nachteile bei der Knopf- und Blechwaarenfabrikation. „Ferner, heißt es, gibt die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den mit Ziegelgießerei und Temperofen-Betrieb verbundenen Formereien zu Bedenken Veranlassung. Die Luft ist außerordentlich heiß und trocken, und die Arbeit wird nur mit nothdürftig oder gar nicht bekleidetem Oberkörper verrichtet. Auffallend ist in den Industrien zur Herstellung von schmiedbarem Guß zu Baubeschlägen, Schloßern und Schlüssel der häufige Wechsel der Arbeitsstelle bei den jugendlichen Arbeitern. Die Arbeitsbücher weisen oft in einem Monat bis zu drei Arbeitsstellen auf. Häufig ist mit dem Wechsel der Arbeitsstelle auch ein Wechsel der Beschäftigungsweise verbunden, so daß es den Anschein gewinnt, daß der häufige Wechsel der Arbeitsstelle und der Beschäftigungsweise bei den sogenannten Formerlehrlingen der oben genannten Industrie seinen Grund zum Theil in der ungesunden Beschäftigung hat, die zu Rheumatismus und Krankheiten der Luftwege Veranlassung gibt.“ Dazu bedarf es keines Kommentars und ebensowenig zu folgenden Thatsachen:

„In einer Kunstwollfabrik des Aufsichtsbezirkes Hannover, welche jugendliche Arbeiter auf dem Lumpenboden beschäftigte, mußte deren Entfernung aus diesem Raum veranlaßt werden. Im Aufsichtsbezirk der Pfalz zc. war ein jugendlicher Arbeiter zur Vertheilung der Lumpen in einem Lumpenlocher verwendet worden. Auch diese Arbeit mußte als für jugendliche Arbeiter zu bedenklich untersagt werden. In demselben Bezirke fand sich eine zu beanstandende Beschäftigung eines Mädchens in einer Ziegelei, dasselbe wurde zur Bedienung der Ringofenfeuerungsstundenlang an Stelle des Brenners verwendet. Ebenfalls fanden sich in 2 Ziegeleien einige Knaben und Mädchen in den Ringöfen mit Steinzulangen beschäftigt, auf deren Ersetzung durch ältere männliche Arbeiter hingewirkt wurde.“

Diese Beispiele, die eine unverantwortliche Verwüstung von menschlichen Arbeitskräften bedeuten, ließen sich in's Unendliche vermehren, wenn die Inspektion unter anderen Gesichtspunkten erfolgte. Nur allzuoft erwecken uns diese Berichte den Anschein, als seien sie Vertheidigungsschriften der gegenwärtig herrschenden Zustände, und erst dann, wenn die Schäden nach jahrelanger Ver-

wahrlosung und Verwüstung förmlich zum Himmel schreien und allgemein sichtbar zu Tage treten, erklingen Nothschreie, wie sie der elsässische Fabrikinspektor in Folgendem ausspricht:

„Der Einfluß der Fabrikarbeit auf die körperliche Entwicklung der jugendlichen Arbeiter ist in sichtbar Weise oder in Zahlen nur sehr schwierig festzustellen. Wenn auch in vielen Fabriken, namentlich der Textil-Industrie, die Beispiele nicht selten sind, welche einen üblen Einfluß annehmen lassen, wenn Personen beider Geschlechter mit abnorm oder schlecht entwickeltem Körper, von zuweilen nur 1,4 m Körperlänge bei 20—40 Jahren Lebensalter, junge Männer mit schiefen, schwächlichen oder zu kurzen Beinen, andere mit härtigem Gesicht und kindlich erscheinendem Teibe ziemlich häufig und den meisten eine geringe Brustentwicklung, überhängende Haltung, schlaffer Gang, bleiche verlebte Farbe eigenthümlich sind, so stellt doch nicht immer fest, ob der Fabrikarbeit oder übeln Familien- und Ernährungsverhältnissen und örtlichen Einflüssen die Schuld vorwiegend beizumessen ist. Die Beurtheilung der Frage ist um so schwieriger, weil ungewißhaft die nicht in Abrede stehbaren schlechten Einflüsse der Fabrikarbeit örtlich, namentlich in den Gebirgsgegenden durch gewisse, mehr oder minder verbreitete Unsitten der Bevölkerung unterstützt werden. Die Thatsache z. B., daß in einigen nahe bei einander gelegenen Fabriken die auffallend abnorm entwickelten einem Dörfchen angehörten, in welchem nach Angabe der Fabrikanten früher Geschlechtsverkehr, Nahheirathen und starker Schnapsgeuß gebräuchlich sind, legt den Gedanken nahe, daß diesen Unsitten ein Theil der Schuld zukommt. Meine Versuche, mich durch Aerzte und Krankentassen hierüber eingehender zu unterrichten, stießen auf Hindernisse. Einswelken gebe ich deshalb das Material, welches die Unfallanzeigen und die Krankentassenstatistik geliefert haben. Danach wurden 1891 in 16 Betrieben eines Kreises die männlichen jugendlichen Arbeiter in zweifach, die weiblichen in dreifach höherem Maße durch Unfälle beeinflusst, als die Erwachsenen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in einem anderen Kreise, wo 1891 in 20 Textilbetrieben die männlichen erwachsenen Arbeiter 23,6 Proz., die jugendlichen 51,2 Proz., die weiblichen erwachsenen 9,7 Proz., die jugendlichen aber gar 22,7 Proz. Verletzungen aufwiesen.“

Glaubt man nicht ein Kapitel aus Mary's „Kapital“ zu lesen, wo dieser die schrecklichen Zustände schildert, wie sie in den englischen Textil-Bezirken vor Erlaß der Fabrikakte sich entwickelt hatten?

Wenn der Fabrik-Inspektor für Elsaß-Lothringen hier noch im Zweifel ist, ob diese systematische Vernichtung ganzer Generationen und Distrikte der Fabrikarbeit oder den schlechten Ernährungs- und Familienverhältnissen geschuldet ist,

so wissen die Arbeiter nur zu gut, daß zwischen beiden nicht zu unterscheiden, sondern die Ernährungs- und Familienverhältnisse von den Arbeitsverhältnissen bedingt sind. Und die elsässischen Baumwollen-Barone sind, was rücksichtslose Ausbeutung und Ausraubung der Arbeiter bis auf's Blut anbelangt, in der ganzen Welt bekannt. Die französische Regierung ließ diese elsässer Millionäre mit Fabrikgesetzen ganz verschont und der Werth und die Schutzwirkung der deutschen Fabrikgesetze für die Arbeiter erhellte am Besten aus obiger Schilderung und der weiteren Thatsache, daß der Bericht selber tabelnd es vermerken muß, daß in der Ueberwachung der Gewerbeordnungbestimmungen in Bezug auf die Kinderarbeit „namentlich die Polizeibehörden auf dem Lande sehr viel zu wünschen lassen.“ In Elsaß-Lothringen aber — sollte man das für möglich halten? — „wurde die Aufsicht an manchen Orten durch die als Ortspolizei fungirenden Beamten der Werke selbst ausgeübt.“

Das genügt zur Charakteristik der Aera der Sozialreform und zur Illustration des Unternehmerrages über die Härten, mit welcher in Deutschland das Fabrikgesetz gehandhabt werde, im Gegensatz z. B. zu der Schweiz — ein Geschrei, das erst jüngster Tage die westfälischen Eisen-Junker so wirkungsvoll durch ihren General-Sekretär Beumer anstimmen ließen! Und gerade diese Herren sind wirklich berufen zu solcher Klage; ist doch das Kohlenrevier auch der Bezirk, der die größte Steigerung in der Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter aufweist, wie wir im nächsten Artikel sehen werden.

Die Erfahrungen aus der Zeit der Unterdrückung der englischen Arbeiterkoalitionen.

Die englischen Arbeiter gesehen gegenwärtig die vollkommenste Koalitionsfreiheit. Indessen ist dieselbe keineswegs sonderlich alt. Die Arbeiterkoalitionen haben vielmehr in Großbritannien während des letzten Jahrhunderts die wechselvollsten Schicksale erlebt. Fast während des ganzen ersten Vierteljahrhunderts waren alle Arbeiterverbindungen gesetzlich verboten, dann wurden sie ein volles halbes Säkulum bis zum Jahre 1875 zwar gebuldet, aber von Strafgesetzen mannigfachster Art bedroht und bedrängt. Erst im letzten Viertel unseres Jahrhundert, seit der Reformbill des genannten Jahres, ist ihnen gesetzliche Anerkennung zu Theil geworden; und die englischen Arbeiter haben ihre Koalitionsfreiheit nunmehr dauernd behauptet und zwar, wie an dieser Stelle vorläufig ohne weiteren Kommentar bemerkt sei, auch zu großer Genugthuung der Arbeitgeber-schaft. Wodurch und in wie weit sich die Koalitionen der englischen Arbeiter die verständnisvolle Anerkennung der Bourgeoisie zu erringen vermochten,

werden wir in einem späteren Artikel darlegen.

In den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts hat die industrielle Unternehmerschaft Englands eine ganze Reihe von Gesetzen zur Unterdrückung der Arbeiterverbündungen durchgesetzt, welche mit dem wichtigsten und barbarischsten derselben im Jahre 1800 ihren Abschluß fand. Dieses Gesetz ahndete alle Uebereinkünfte zwischen Arbeitern zur Erlangung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit oder zur Verwerfung irgend welcher Kontrolle über die Arbeitgeber mit Gefängnisstrafe. Mit derselben Strafe wurden diejenigen heimgesucht, welche des Versuches überführt wurden, durch Ueberredung oder Einschüchterung, durch Geldspenden oder ähnliche Mittel Arbeitslose von der Uebernahme einer Arbeit abzuhalten, oder beschäftigte Arbeiter zum Austritt aus ihrer Arbeitsstelle zu bewegen oder endlich Arbeitgeber in Bezug auf die Art, wie sie ihre Arbeiter beschäftigten, zu beeinflussen.

Unsere sozialreformistischen Staatsmänner und Gelehrten können oder konnten es sich schon längst zur Behre dienen lassen, wie dieses Experiment mit der brutalen Gewalt ausgefallen ist.

Alle Arbeiterverbände waren also verboten, und zwar ausdrücklich zu dem Zwecke, alle Arbeitseinstellungen unmöglich zu machen. Was geschah nun?

Die Arbeiterkoalitionen verschwanden; aber nur vor dem Blicke der Oeffentlichkeit, um desto energischer im düstern Schatten des Geheimnisses wieder aufzutreten und fort zu leben. Sie dehnten sich während der Dauer dieses Gesetzes sogar über das ganze Königreich aus. Noch heutigen Tages kann man in England Arbeitern begegnen, welche sich jener Tage erinnern, in denen die Vereinsbücher in der Haube verborgen wurden und alle Mitglieder einen Schwur leisteten, nichts von den Arbeiterbündnissen zu verrathen. Das war die Zeit des Aufblühens eines grimmigen Klassenhasses, der das Wirtschaftsleben vergiftete und die Arbeiterwelt gegen die herrschenden Klassen in Aufruhr brachte. Und nicht nur auf die Geheimhaltung der Verbündung beschränkten sich die zu leistenden Eide, sondern sie verpflichteten sehr häufig die Arbeiter nicht nur das Strafgesetz zu verletzen, sondern sich an planmäßiger Sachbeschädigung, Körperverletzung, Mord, überhaupt an jeder Art von Ungeheuerlichkeit zu betheiligen.

Aus dem letzten Jahrzehnt der Herrschaft dieses Gesetzes rührt nachstehende Eidesformel her, welcher die neu aufzunehmenden Genossen eines der damaligen geheimen Gewerksvereine in Schottland unterworfen waren: „Ich — — schwöre freiwillig zum allmächtigen Gott und vor diesen Zeugen, daß ich mit Eifer und Schnelle ausführen will, so weit meine Kräfte gehen, jede Aufgabe und jeden Befehl, den die Mehrheit meiner Brüder mir auflegt, zur Beförderung unseres gemeinsamen Besten, wie z. B. Bestrafung der Reichen, Ermordung tyrannischer Arbeitgeber, Zerstörung von Fabriken, — — daß ich auch mit Freuden beitragen werde, diejenigen meiner Brüder zu unterhalten, welche in Folge dieser Bestrebungen gegen die Tyrannei arbeitslos werden — —“

Man kann sich nicht wundern, daß unter diesen Umständen Arbeitseinstellungen nicht nur nicht vermieden wurden, sondern zu schweren Gewaltthaten führten. In Lancashire sowohl, wie in Schottland nahmen die Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nur zu oft den Charakter wilder Aufstände an.

Der eine Theil der Fabrikanten nahm mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln den Kampf auf. Sie bewaffneten ihr Aufsichtspersonal, rüsteten die Fabriken mit Kanonen aus und erzeugten so in ihren Arbeitern das Ge-

fühl des blutigsten Hasses, der Diebstehlen, welche für ihre Auflehnung gegen Arbeitgeberwillkür der Härte des Gesetzes anheimfielen, mit der Strahlentrone des Märtyrertums umgab.

Andere klügere Unternehmer suchten unter Verzicht auf alle die Gewaltmaßregeln des Gesetzes vom Jahre 1800 mit den Arbeitern ihren Sonderfrieden zu schließen. So geschah es z. B. im Buchdruckerergewerbe, in welchem schon 1816 die Prinzipale auf den Schutz des Gesetzes verzichteten und mit dem Vernein der Arbeiter von Fall zu Fall in Verhandlung traten. Auch die Fabrikanten der Wollweberei von Leeds und Dewsbury duldeten in den ersten Jahren des dritten Jahrzehnts die Koalitionen ihrer Arbeiter. Die Behörden waren ebenso duldsam und erzielten damit die Herstellung ungewöhnlich friedlicher Zustände im Wollgewerbe ihrer Orte.

Auch den Maschinenbauern gelang es zu jener Zeit, eine ziemlich weitverzweigte Organisation zu schaffen und zu erhalten.

Im Anfang der zwanziger Jahre des Jahrhunderts erzeugte die totale Wirkungslosigkeit des Gesetzes in weiteren Kreisen den Gedanken, es zu beseitigen. Zwar war man noch ganz allgemein in den höheren und mittleren Klassen weit davon entfernt, die Arbeiter als gleichberechtigt anzusehen, überall lebte man vielmehr der Ueberzeugung, daß nur die Unternehmer ein Recht hätten, ihre Gewerbebetriebe und deren Arbeitsverhältnisse zu ordnen. Auch sah man in den Arbeitseinstellungen noch lange Zeit eine Auflehnung gegen die bestehende Ordnung und hielt die Koalitionen der Arbeiter für durchaus nicht zu billigen, ja entschieden verdammensthe Ausschreitungen der Arbeiterschaft.

In der Parlamentssitzung vom 1. März des Jahres 1823 ging von P. Moore die erste Anregung aus, das Koalitionsverbot aufzuheben. Anfangs wollte die Mehrheit der Mitglieder davon nichts wissen, aber im nächsten Jahre trat Joseph Hume mit mehr Erfolg für die Beseitigung des Gesetzes vom Jahre 1800 ein. In der Begründung des Antrages wurde gesagt, daß das Gesetz die Koalitionen nicht verhindert habe, das Uebel vielmehr, welches es beseitigen sollte, dadurch erheblich verschlimmert worden sei.

Uebrigens waren die meisten derjenigen Parlamentarier, welche für die Aufhebung des Gesetzes eintraten, noch so unbeständige Vertreter des Unternehmertum, daß sie an die Stelle des Koalitionsverbotes eine kriminelle Bestrafung der Arbeiter wegen Vertragsbruchs auf Grund des bestehenden gemeinen Rechts zu setzen empfahlen.

Mit Untersuchung der Angelegenheit wurde ein parlamentarischer Ausschuss betraut, vor dem jedoch viele Arbeitgeber nicht zu erscheinen wagten, weil sie sich vor der Rache ihrer Arbeiter fürchteten, also den besten Willen hatten, Aussagen zu machen, die für die Arbeiter ungünstig gewesen wären. Dafür bestürmten die betreffenden Unternehmer das Parlament mit einer Masse von Petitionen gegen die Aufhebung des Gewaltgesetzes.

Die Untersuchung des parlamentarischen Ausschusses stellte amtlich fest, daß die Arbeiterkoalitionen dem Gesetze zum Trotz wie ein Netz über das ganze Reich ausgespannt waren, und daß die Bestrafungen auf Grund jenes Verbots, sowie auch auf Grund des gemeinen Rechts keinerlei Erfolg gezeitigt hätten. Sie ergaben ferner, daß die verpönten Arbeitseinstellungen sehr häufig vorgekommen und mit schweren Gewaltthaten und weit reichenden Friedensbrüchen verknüpft gewesen waren.

Der eine Theil der Vertreter der herrschenden Klassen schlug gegenüber diesen Ergebnissen der parlamentarischen Untersuchungen die Aufhebung des Ge-

setzes vom Jahre 1800 vor, weil es dem Erleben der verschiedenen Bevölkerungsklassen nur immer gefährlicher hätte werden können. Andere aber waren für die möglichste Verschärfung des Koalitionsverbotes. Die Mehrheit entschied sich im selben Jahre (1824) zur Milde; es wurden die gesetzlichen Koalitionsverbote aufgehoben und alle Arbeiterverbände zur Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, sowie zur Verleitung zum Kontraktbruch und zur Nichtannahme von Arbeit, ebenso zum Zwecke irgend welcher Regelung der Arbeitsverhältnisse von allen Strafen, auch von denen des gemeinen Rechts befreit.

Im Anschlusse daran, wurden jedoch Strafen festgesetzt für diejenigen Arbeiter, welche die eben angeführten oder ähnliche Handlungen, darunter auch die Aufrechterhaltung irgend welcher Vereinsstatuten durch Gewalt, Drohung oder Einschüchterung, versuchen sollten.

Damit war die Epoche des gesetzlichen Koalitionsverbotes in England überwunden und die zweite nicht minder interessante begann, in denen sich die englischen Arbeiter zu gleichberechtigten Faktoren im Wirtschaftsleben des englischen Volkes emporarbeiteten.

Macht und Recht!

Die „Wurzener Zeitung“ enthält unter diesem Titel folgenden Artikel, den wir auf Wunsch der Wurzener Genossen vollinhaltlich reproduzieren.

Ein Willkürakt, durch den das öffentliche Rechtsgefühl in schroffster Weise verletzt worden ist, ist am vergangenen Sonnabend durch Herrn Schütz, den Besitzer einer hiesigen Maschinenfabrik, verübt worden. Der Sachverhalt ist folgender:

Die Nummer unseres Blattes vom vorvergangenen Sonnabend enthielt eine Notiz über die alles Maß übersteigende Mißhandlung eines Lehrlings durch den Drehermeister der genannten Fabrik. Mit keinem Worte war in dem Artikel der Besitzer der Fabrik angegriffen oder auch nur erwähnt worden. Lediglich der schuldige Meister und die rohe Behandlung, die durch ihn der Lehrling erfahren hatte, waren Gegenstand der Besprechung gewesen. Herr Schütz suchte trotzdem gegen den Einsender der Notiz einzuschreiten. Die Untersuchung der Mißhandlung des Knaben durch Herrn G. A. Schütz hatte das nicht ungewöhnliche Ergebnis, daß der Drehermeister sein „Züchtigungsrecht“ in keiner Weise überschritten habe. Vielleicht hatte der Knabe nicht einmal Schmerzgefühl empfunden, als ihm der Meister in barbarischer Weise den Kopf mit Schlägen bearbeitet hatte. Solche „Untersuchungen“ wirken manchmal sonderbar schmerzübernd. Man kennt das.

Im Handumdrehen war denn auch ein Rollenwechsel in dem zur Ausführung gelangten Spiele vollzogen worden. Als Schuldiger wurde nicht mehr der Drehermeister betrachtet, sondern der, von dem wir die Mittheilung erhalten hatten. Auf irgend welche leere Muthmaßung hin griff Herr G. Schütz drei seiner Arbeiter heraus und faßte gegen sie den Verdacht, daß sie die „Schuldigen“ seien. Obwohl die drei Arbeiter erklärten, den Einsender nicht zu kennen, drohte ihnen Herr Schütz mit Kündigung, wenn sie den „Schuldigen“ nicht zur Strecke brächten. Ueber wiederholten, stundenlangen Verhören war der Freitag Abend herangekommen. Da stellte Herr Schütz den Arbeitern die letzte Bedingung, entweder sollten sie ihm bis Sonnabend früh halb 9 Uhr den Einsender nennen, oder sie würden unweigerlich ihre Kündigung erhalten. Es sei hier eingeschaltet, daß einer von den Arbeitern bereits seit 11 1/2 Jahren in der Schütz'schen Fabrik beschäftigt ist, der andere seit 7 Jahren, der dritte seit zwei Jahren. Und ferner sei eingeschaltet, daß Herr Schütz in den Unterredungen zuge-

standen hatte, daß er wohl wisse, er könne nicht alle Sozialdemokraten aus seiner Fabrik entlassen, da er sonst vielleicht nur drei Arbeiter — er beschäftigt über hundert — behalten würde.

Die Drohung des Herrn Schütz, auf einen bloßen Verdacht hin drei alte Arbeiter, von denen der eine fünf Kinder hat, auf die Straße zu werfen, falls sie ihm — was ganz außer dem Bereiche ihres Könnens stand — den Einsender nicht nennen würden, veranlaßte uns, aus der bisher bewährten Zurückhaltung herauszutreten. Wir schrieben am Sonnabend früh Herrn Schütz, daß seine Muthmaßung irrig sei, daß unter den drei zu maßregelnden Arbeitern der Einsender der Notiz sich nicht befinde. Trotzdem blieb Herr Schütz bei einem erneuten Verhöre bei seiner Bedingung stehen. Gegen halb 11 Uhr am Sonnabend Vormittag kamen die drei Opfer in unsere Redaktion und verlangten im Auftrage des Herrn Schütz, wir sollten ihnen den Namen des Einsenders nennen, sonst würden sie sofort entlassen werden. Wir mußten selbstverständlich Herrn Schütz die Antwort übermitteln lassen, daß wir seinem Verlangen nicht genügen dürften, selbst auf die Gefahr hin, daß er seine brutale Drohung wahr machen würde. Dagegen seien wir bereit, falls Herr Schütz persönlich mit uns Rücksprache nehmen wolle, uns mit ihm über den Fall auseinanderzusetzen. Sollte er wirklich die Kündigung vollziehen, dann würde allerdings von uns ein Artikel erscheinen müssen, der sich aber nicht mehr gegen den Drehermeister, sondern gegen die Willkür des Herrn Schütz richten müßte.

Nachmittags 3 Uhr erhielten wir von Herrn Schütz folgenden Brief:

Herrn Adolf Thiele, Wurzener.
Die drei Arbeiter, welche ich im Verdacht habe, Ihnen das Material zu dem Artikel über meinen Drehermeister Haas geliefert zu haben und von mir entlassen werden sollen, behaupten ihre Unschuld und theilen mir mit, daß Sie mir den Namen des Schuldigen nennen wollen.

Sind die drei Leute Ihrer Meinung nach wirklich unschuldig und wollen Sie dieselben vor der Entlassung aus der Arbeit bewahren, so handeln Sie lediglich im Interesse derselben sowie im Interesse des sozialen Friedens, wenn Sie mir den wirklich Schuldigen namhaft machen.

Ich sehe daher Ihren gest. schriftlichen oder mündlichen Mittheilungen über die Angelegenheit noch heute entgegen.
Hochachtungsvoll
G. A. Schütz.

Umgehend erfolgte darauf folgende Antwort:

Herrn G. Schütz, hier.
Ich habe Ihnen bereits in dem Briefe von heute früh gesagt, daß keiner von den drei Arbeitern — Werner, Guth, Briß — die Angelegenheit in die Oeffentlichkeit gebracht hat. Den Namen des Gewerksmannes zu nennen, können Sie mir nicht zumuthen. Glaubt Herr Haas, daß ihm Unrecht geschehen ist, so wird ihm vor Gericht der Beweis der Wahrheit erbracht werden. Wenn Sie Arbeiter, die mit der Sache nichts zu thun haben, entlassen, so begehen Sie doppeltes Unrecht.
Hochachtungsvoll
Ad. Thiele.

Das Unglaubliche geschah! Am Sonnabend Abend erschienen die drei Gemäßigten wieder bei uns und erklärten, sie seien in der That entlassen worden. Der eine von ihnen hatte sogar Herrn Schütz gesagt, er wolle die Thäterschaft auf sich nehmen, er habe nur ein Kind und finde sich schon durch; Herr Schütz möge wenigstens seinen Kollegen in Arbeit lassen, der fünf Kinder habe. — Selbst das hatte nichts genügt.

Daß diese Vergewaltigung der einfachsten Gerechtigkeit nicht ruhig hingenommen werden durfte, war klar. In Besprechungen, die am Sonntag und Montag stattfanden, wurde nach eingehender Berathung beschlossen, von einem Abwehrstreik, der in diesem Falle gewiß die natürlichste Antwort gewesen wäre, abzusehen.

Es wurde Herr Adolf Thiele beauftragt, Dienstag früh — der Montag war

des Reformationsfestes halber Feiertag gewesen — mit Herrn Schütz Rücksprache über den Fall zu nehmen und zu versuchen, eine Milderung der Maßregelung herbeizuführen. Der Vermittlungsversuch mißlang gänzlich. Herr Schütz zeigte sich außerordentlich erregt, betonte, daß es bei der Entlassung bleiben müsse und sollten selbst er und seine Arbeiter dadurch ruiniert werden; er lasse sich in seinen vier Bänden keine Vorschriften machen, die Leute seien durch und durch verlogen, und wenn er gewillt gewesen wäre, Werner wieder einzustellen, — die beiden anderen hätten überdies selbst gekündigt — so sei das ihm unmöglich gemacht worden dadurch, daß Werner am Sonnabend die anderen Arbeiter zu einem Streik hätte aufwiegen wollen. Jeder Versuch, Herrn Schütz zu einer ruhigen Auseinandersetzung zu veranlassen, war erfolglos. Die gegen den Unterhändler gerichteten persönlichen Beleidigungen des Herrn Schütz waren derart, daß nur das Bewußtsein, als Vermittler dazustehen, die berechnete scharfe Antwort unterdrücken ließ.

Am Mittwoch Abend fand eine allgemeine Arbeiterversammlung statt, die von über 500 Personen besucht war. Sie sollte Stellung nehmen zu der unerhörten Maßregelung. In seinem Vortrag erläuterte Ab. Thiele nochmals den ganzen Vorgang. Er wies auf das schwere Unrecht hin, das durch die Entlassung der drei Arbeiter verübt worden ist, ferner auf die Verwirrung der Begriffe, die sich dadurch kundgebe, daß als Schuldiger nicht der mißhandelnde Drehmeister betrachtet worden ist, sondern die, welche dessen Rohheit in die Öffentlichkeit gebracht haben. Selbst ein ordentliches Gericht dürfte auf den bloßen Verdacht hin Niemand verurtheilen; Herr Schütz habe als Unternehmer das Recht in Anspruch genommen, Familienväter und langjährige Arbeiter auf die Straße zu werfen, abgesehen davon, daß die Gemäßregelten überhaupt nichts Unrechtes begangen hätten, selbst wenn durch sie — was aber nicht der Fall ist — die rohe Mißhandlung an den Tag gekommen wäre. Nur durch eine feste und alle Arbeiter umfassende Organisation sei es möglich, derartige Uebergriffe in Zukunft unmöglich zu machen. Insofern seien die Arbeiter allerdings schuld, daß solche Vergewaltigungen vorkommen könnten, als viele von ihnen theilnahmslos den Organisationen gegenüberstünden.

Nach einer sehr erregten Debatte wurde folgende Resolution gegen vier Stimmen angenommen:

Resolution:

Herr G. M. Schütz, Fabrikbesitzer in Wurzen, hat wegen wahrheitsgemäßer, in der Wurzenener Zeitung enthaltener Bekanntgabe von in seiner Fabrik vorgekommenen Mißhandlungen eines Lehrlings durch einen Meister drei Arbeiter auf den bloßen Verdacht hin, daß einer von diesen der Wurz. Btg. die Meldung von der geschehenen Mißhandlung gemacht habe, und weil die Arbeiter den „Schuldigen“, wie Herr Schütz sagte, nicht ermittelten, gemäßregelt.

Gegen diese Handlungsweise, welche gegen jedes Gerechtigkeitsgefühl verstößt und in hohem Grade von Willkür und herzloser Gleichgültigkeit des Fabrikbesizers gegen die bei ihm beschäftigten Arbeiter zeugt, spricht die am 2. November im Saale des Tiboli zu Wurzen versammelte Arbeiterschaft ihre entschiedene Mißbilligung aus, um so mehr, als der betreffende Artikel der Wurz. Btg. durchaus keine Beleidigung des Herrn Schütz enthielt. — Die Versammlung erklärt weiter, daß das einzig richtige Verfahren des Herrn Schütz die Milderung der vorgefallenen Mißhandlungen und möglichste Verhinderung von weiteren Mißhandlungen gewesen wäre, während das von Herrn

Schütz eingeschlagene Verfahren im Gegentheil zu ferneren Mißhandlungen geradezu ermuntert.

Die Versammlung erklärt ferner, daß dieses gewaltthätig, ungerechte und herzlose Vorgehen eines Unternehmers der gesamten Arbeiterschaft Wurzens aufs Neue die zwingende Nothwendigkeit vor Augen führt, durch kräftige Organisation und Anschluß an bestehende gewerkschaftliche Verbände sich vor derartigen Willkürakten des Unternehmers zu schützen und überhaupt der Arbeiterbevölkerung dem Unternehmertum gegenüber zu einer geachteten Stellung zu verhelfen, in welcher der Arbeiter nicht mehr der Spielball jeglicher Unternehmerrauten ist wie jetzt. Die Versammlung ruft daher der Arbeiterschaft Wurzens zu: Ernannet Euch, organisiert Euch, laßt Euch nicht mehr wie Sklaven behandeln! Nur die organisierte, die vereinigte, die einmütige Arbeiterschaft ist eine Macht, welche vom Unternehmertum respektiert werden muß!

Aus der Schütz'schen Fabrik meldeten sich 39 Mann durch Handaufheben als anwesend. Acht weitere Arbeiter derselben Fabrik, die vor der Handaufhebung vorübergehend den Saal verließen, hatten gleichfalls für die Resolution gestimmt. Nach der Versammlung meldeten sich noch andere Schütz'sche Arbeiter, welche durch ein Mißverständnis sich nicht als solche zu erkennen gegeben hatten, sodas anzunehmen ist, es mögen von den etwa 70 in der Schütz'schen Maschinenfabrik beschäftigten erwachsenen Arbeitern an 60 Mann anwesend gewesen sein. Sie alle haben außer den Drehern Stolbe, Gerstmann, Wolfgang und dem Schlosser Giesler für die Resolution gestimmt und damit das Vorgehen des Herrn Schütz entschieden verurtheilt.

Die Arbeiter können, solange sie nicht streng organisiert sind, der Unternehmervillkür nicht Macht gegen Macht entgegenstellen. Aber sie können das Recht gegen die Macht auspielen. Und insofern sagt die gefasste Resolution, wenn sie auch nur als verächtlicher papierner Protest aufgefaßt werden sollte, daß Herr Schütz, der bisher als humaner Arbeitgeber genannt wurde, ein schweres Unrecht begangen hat.

Die Macht war auf Seite des Herrn Schütz, das Recht ist auf Seite der hinausgeworfenen Arbeiter. Und das Recht ist dauernder als die Macht!

Aus Oesterreich.

Verbandsstag der Metallarbeitervereine Oesterreichs.

(L) Am 30. und 31. Oktober und 1. November ds. Js. tagte in Wien der Verbandsstag der Metallarbeitervereine Oesterreichs und ist es sicher von Interesse für die Fachgenossen, den Verlauf dieser Verhandlungen zu erfahren, da dieser Verbandsstag, auf dem sich der Verband der österreichischen Metallarbeitervereine konstituirte, als ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der österreichischen Metallarbeiterbewegung zu betrachten ist. Zum erstenmal ist eine feste formelle Verbindung zwischen den einzelnen Vereinen Oesterreichs geschaffen worden.

Betreteten waren auf dem Verbandsstag folgende Vereine: Verein der Metallarbeiter Niederösterreichs durch 5 Delegirte; Verein der Former Niederösterreichs, 3 Del.; Verein der Bronzearbeiter Wiens 1 Del.; Verein der Metallbrüder Wiens, 2 Del.; Verein der Schmiede Niederösterreichs, 1 Del.; Verein der Kupferschmiede Wiens, 1 Del.; Verein der Feilenhauer Oesterreichs, 1 Deleg.; Verein der Metallarbeiter Oberösterreichs, 1 Del.; Verein der Metallarbeiter von Steiermark, 2 Del.; Metallarbeiter in Außsig, 1 Del.; Metallarbeiter in Neichenberg, 1 Del.; Verein der Metallarbeiter

Mährens, 2 Del.; Verein der Metallarbeiter Schlesiens, 2 Del.; und der Verein der Metallarbeiter Böhmens, 1 Del. Alle Vereine mit Ausnahme des Reichensberger haben den sofortigen Beitritt zum Verbands erklärt. Nicht vertreten waren: Der Verein der Gold- und Silberarbeiter Wiens, Verein der Metallarbeiter von Kärnten, Verein der Metallarbeiter von Tirol, Metallarbeiter Merans und der Metallarbeiterverein Salzburgs. Dieselben erklärten jedoch, dem Verbands beizutreten. Der Verband umfaßt daher angeblich 18 Vereine mit zusammen 8500 Mitgliedern und 16,500 fl. Gesamtvermögen.

Zunächst erstatteten die Delegirten Bericht über den Mitglieder- und Klassenstand der Vereine, sowie die Thätigkeit in denselben und die Leistungen der Vereine betreffs Unterstützung, Unterricht etc. Summarisch ist hiervon hervorzuheben, daß die Höhe der Beiträge zwischen 5 und 20 kr. wöchentlich, resp. 10 und 30 fr. monatlich sich bewegen. Arbeitslosenunterstützung zahlen 8 Vereine, Rechtsschutz, Reiseunterstützung, Unterstützung in Nothfällen alle Vereine. Welbliche Mitglieder sind es ca. 50. Die Vereine sind, mit Ausnahme derer von Brünn und Innsbruck, welche 1872, resp. 1875 gegründet wurden, alle erst in den Jahren 1890, 91 und 92 gegründet. Sämmtliche Delegirte, namentlich die von Schlesien, Mähren, Böhmen u. s. w. beklagen sich sehr über das brutale Vorgehen der Behörden und Gendarmerie gegen die Arbeitervereine, welche mit den gemeinsten und ungeschicktesten Mitteln die Arbeiterbewegung zu unterdrücken suchen und es den Führern der Organisation fast unmöglich machen am Orte zu bleiben.

Die Verbandsleitung ist der Verbandsleitung des Niederösterreichischen Metallarbeitervereins (Wien) übertragen, zur Kontrollkommission wurde die Vereinsleitung des Schlesienschen Metallarbeitervereins (Wielicz) gewählt.

In Betreff Anlegung eines Reservefonds referirte Genosse Englisch-Wien. Derselbe führte aus, daß der Fond den Zweck haben solle, unterstützungsbedürftige Verbandsvereine zu unterstützen und die Kosten der Geschäftsabfuhrung des Verbandes zu decken. Redner schlägt vor, 20 kr. pro Kopf und Jahr an die Verbandskasse abzuführen und zwar in vierteljährigen Raten. Dieses wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen.

Ueber „Verbandssekretariat“ referirte Genosse Pokorny-Wien. Es müsse eine Person bestimmt werden, welche die Buchführung etc. zu besorgen hätte; er schlägt vor, dieses dem Redakteur des Fachblattes zu übertragen. Die Geldabfuhrung solle dem Verein der Niederösterreichischen Metallarbeiter übertragen werden. Es wurde dementsprechend beschlossen: Das Verbandssekretariat soll, da die offiziellen Statistiken immer sehr mangelhaft sind, wenn überhaupt welche gemacht werden, Statistiken in der Metallarbeiterbranche aufnehmen, welche sich in erster Linie erstrecken sollen auf: Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Arbeitslose, Zahl der Arbeiter in Betrieben, Lohnklassen und Alter der entlassenen Arbeiter. Ferner hat das Verbandssekretariat die Verbindung mit den Vereinen herzustellen, so wie für den Ausbau der Organisation zu sorgen.

Zum Punkt: „Verbandsorgan“ brachte Genosse Beer den Geschäftsbericht über den Stand der „Oesterreichischen Metallarbeiter-Zeitung“. Es wurde beschlossen, die österreichischen Metallarbeiterzeitungen (slavischer und deutscher Sprache) aus verschiedenen Gründen nicht als Verbandsorgan zu erklären, sondern beide Organe als Publikationsorgan des österreichischen Metallarbeiterverbandes anzuerkennen.

Zum Punkt „Agitation“ referirte Genosse Müller und führte aus, daß

man in Hinsicht der Agitation keine bestimmte Direktive geben könne, weil erstens die Verhältnisse jedes Landes anders sind, ebenso finden die Gesetze in jeder Gegend andere und willkürliche Auslegung. Man solle die Regelung der Agitation den Organisations der einzelnen Kronländer überlassen, welche damit eher Weisheit wissen. Empfehlenswerth wäre es jedenfalls, wenn die Organisationen das Unterstützungsweesen, beispielsweise Arbeitslosenunterstützung nicht so sehr pflegen würden, sondern sich nur auf das Allernothwendigste beschränkten, weil sie sich sonst finanziell aufreihen. Wo Unterrichte eingeführt sind oder werden, sollten sie sich vielleicht auf Geschichte, Naturwissenschaft und Nationalökonomie, ev. Fachunterricht erstrecken. Die Agitation müsse in den einzelnen Verufen zentralisirt werden und Werth auf die Einberufung der Werkstättenversammlungen gelegt werden. Es müßten Flugblätter und Broschüren zur Agitation angeschafft werden. Um die Kosten dafür, wie für die Agitation überhaupt aufzubringen, sollen freiwillige Beiträge erhoben werden. Die Agitatoren sollen mehr durch Unterrichte und Diskussionsstunden ausgebildet werden.

Es wurde beschlossen, Flugblätter und Broschüren anzuschaffen, die Agitation selbst den Landesvereinen zu überlassen, ferner die Agitation mehr auf jugendliche Arbeiter auszudehnen und dieselben in den Vereinen aufzunehmen.

Zum Punkt: „Internationaler Gewerkschaftskongreß“ in London 1893 referirte Genosse Pokorny-Wien. Derselbe führte den ehemaligen und jetzigen Standpunkt der englischen Gewerkschaften vor Augen und kritisirte in scharfer Weise das Vorgehen der englischen Gewerkschaften in Betreff der Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses nach London zur selben Zeit, wo der internationale Arbeiterkongreß in Zürich tagen soll. Redner bringt zum Schlusse seiner Ausführungen folgende Resolution ein: „Dem vom Glasgower Kongreß gefassten Beschlusse, einen internationalen Kongreß nach London 1893 einzuberufen, kann nicht zugestimmt werden. Die Achtstundentagitation ist von der internationalen sozialistischen Bewegung zur Emanzipation des Proletariats nicht zu trennen und ist darum eine wesentlich politische Frage. Zudem muß ein jeder Versuch, die immer fester werdende internationale Organisation des Proletariats durch Zerpfitterung zu schwächen, als ein Verbrechen am Proletariat angesehen werden. Der Verband der Oesterreichischen Metallarbeitervereine erblickt in den internationalen Sozialistenkongressen, deren nächster 1893 in Zürich stattfinden wird, die einzige berechnete Vertretung der international organisierten Arbeiterschaft und wird darum den von den englischen Gewerkschaften zu veranstaltenden Kongreß nicht beistimmen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zum Punkt: „Verschiedenes“ rief die Anregung des Genossen Zelbr-Brünn, daß die Spezialkongresse der einzelnen Branchen, Ausnahmefälle ausgenommen, aufhören sollen, eine lebhafte Debatte hervor. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag in obigem Sinne angenommen. Erwähnenswerth dabei ist, daß beispielsweise bei den Formierern in den Provinzen keiner etwas von Branchenorganisation wissen will und sich dieselben der allgemeinen Metallarbeiterorganisation anschließen.

Genosse Liszke regte an, die Reiseunterstützung zu zentralisiren, und wurde die Verbandsleitung damit beauftragt, die Angelegenheit zu regeln.

Zum Schluß wurde noch ein Antrag eingebracht, das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages in Broschürenform herauszugeben, welcher Antrag nach längerer Debatte dahingehend erledigt wurde, daß die Vereine Oesterreichs die Anzahl der Protokolle, welche

ste in ihren Kreisen abgeben würden, der Verbandsleitung anzugeben haben. Erreicht die Zahl der bestellten Protokolle die Höhe von 4000, so wird das Protokoll in Broschürenform herausgegeben.

Nachdem noch einige andere allgemeine Angelegenheiten erledigt worden, schloß der Vorstand, Kollege Egner, den Verbandstag mit einer warmen Ansprache an die Delegierten, kräftig für die Durchführung der gefassten Beschlüsse, sowie überhaupt für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, und einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Das preussische Vereins- und Versammlungsrecht unter dem neuen Kurs.

Wie das Vereins- und Versammlungsrecht von landständlicher Seite in Ostpreußen gehandhabt wird, lehrt folgender Vorfall: Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu Königsberg i. Pr. wollte am 6. August d. J. ein Sommerfest halten, sie hatte nach vieler Mühe ein Lokal hierzu bekommen. Das Fest nahm seinen programmmäßigen Anfang, als plötzlich der Amtsvorsteher in Begleitung zweier Gensdarmen erschien und, trotzdem der Vorsitz die schriftliche Anmeldung und Genehmigung des Festes seitens der Behörde vorlegte, das Fest als „unangemeldete öffentliche Versammlung“ aufhob. (Genauer Bericht stand in Nr. 35 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“.) Hiergegen legte die dortige Ortsverwaltung Beschwerde ein und erhielt vom Herrn Landrath, Frhrn. v. Hüllessem, am 27. v. M. folgenden abschlägigen Bescheid:

Königsberg, 15. Okt. 1892.

Der kgl. Landrath.

Auf die an den Herrn Regierungspräsidenten gerichtete, mit zur ressortmäßigen Erledigung abgegebene Beschwerde vom 12. August d. J. dient der Ortsverwaltung zum Bescheide, daß dieselbe als unbegründet hiermit zurückgewiesen wird.

Der § 1 der Verordnung über die Berathung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechts vom 11. März 1850 bestimmt, daß Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, der Unternehmer mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Orts und der Zeit derselben, Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen hat.

Als Versammlungen im Sinne des Gesetzes gelten nicht nur bloß diejenigen Zusammenkünfte, in welchen unter Konstituierung eines Bureaus in Rede und Gegenseite öffentliche Angelegenheiten besprochen werden, sondern auch solche, in welchen dieselbe ohne Organisation in völlig zwangloser Weise geschieht; ebenso ist es gleichgültig, welcher Zweck das Einigungsband und den inneren Mittelpunkt für eine Versammlung abgeben, ob es, wie im vorliegenden Falle, rein gesellschaftliche Bestrebungen sind, oder solche, welche mit der Geselligkeit nichts zu thun haben.

Der erwähnte § 1 findet demnach stets Anwendung, wenn ein Verein, dessen Zweck die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten ist, sich, sei es mit der ausdrücklichen Absicht, öffentliche Angelegenheiten zu beraten oder zu erörtern, sei es unter dem Deckmantel eines gesellschaftlichen Vergnügens, an einem bestimmten Orte zusammenfindet und der Zutritt zu dieser Versammlung nur den Mitgliedern des Vereins, bezw. deren Angehörigen und Bekannten gestattet ist.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß gefällige Zusammenkünfte, wie die vorliegende vorwiegend dazu benutzt werden, um öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, wie denn auch die Sommerfeste ausdrücklich als geeignete Agitationsmittel bezeichnet worden sind.

Der von der Ortsverwaltung geleitete Verein ist nun zwar kein politischer im Sinne des § 2 der erwähnten Verordnung, der Zweck des Vereins jedoch bringt es mit sich, daß bei seinen Versammlungen, und zu diesem muß das Sommerfest nach den obigen Gesichtspunkten gerechnet werden, Angelegenheiten erörtert und besprochen werden, welche nicht nur den Verein als solchen, sondern vielmehr auch andere, die Gesamtheit betreffende, allgemeine, namentlich soziale Angelegenheiten betreffen.

Wenn daher der stellvertretende Amtsvorsteher bei Aufhebung der Versammlung von der Voraussetzung ausging, daß bei Gelegenheit des Festes Angelegenheiten zur Sprache kommen sollten, welche als öffentliche anzusehen sind, so war er mit dieser Annahme im Rechte, und hiernach ver-

pflichtet, die Versammlung, welche vom Unternehmer nicht angezeigt war, aufzulösen.

Der Landrath.

J. A. (Unterschrift unleserlich) Regierungsdirektor.

In die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes, z. B. des Bevollmächtigten Herrn Julius Pirsch hier, Vorherrschr. 24.17.

Durch diesen samojen Bescheid, gegen den Beschwerde erhoben ist, ist das gewesene Ausnahmefest bei Weitem übertroffen, denn unter denselben waren die Arbeiterfeste von der dortigen Behörde stets unbeanstandet gelassen. Wir sind begierig, ob diese landräthliche Bogel auch in den höheren Instanzen Anklang finden wird. Mit derselben Bogel kann man unter Umständen nicht nur jeden Verein, jede Versammlung, jedes Fest, ja sogar jedes zwanglose Zusammensein im Wohnhause unzulässig machen. Der Amtsvorsteher und der Landrath sind doch gebildete Leute. Sie wissen, daß der Landkreis Königsberg nicht eine besondere Rechts-Dase in Preußen bildet; sie lesen doch Zeitungen; sie wissen, was sie hinderten überall stattfindet, sogar in Berlin unter den Augen der höchsten Behörden. Sollte sich bei ihnen gar kein Zweifel über die Wichtigkeit ihrer Rechtsauslegung erheben, oder sind sie der Meinung, mit ihrer höheren landräthlichen Weisheit einen Leuchtturm für die weniger erleuchteten Behörden anderer Landestheile abzugeben? In demselben landräthlichen Kreise finden vielfach Vergnügungen von Vereinen, die ebenso wie der Metallarbeiter-Verband unter das Vereinsgesetz fallen, statt, auf welche dieselbe Gesetzesanwendung passen würde. Wird auch von diesen Vereinen und speziell von dem landwirtschaftlichen Verein eine Anzeige des Vorstandes über eventuelle Festlichkeiten der Mitglieder verlangt?

Korrespondenzen. Gelgießer und Gürtler.

Hamburg. Mitgliederversammlung des D. M. V., Sektion aller in Gelgießereien, Gürtlereien und Metallbereiungen Hamburgs und Umgegend beschäftigten Arbeiter. Nachdem der Kassirer Albrecht die Abrechnung der Monate September und Oktober vorlesen hatte und dieselbe genehmigt wurde, schritt man zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Bericht der Kommission zur Ausarbeitung eines Flugblattes. Dabei machte der Kollege Schulz u. A. bekannt, daß das Flugblatt ausgearbeitet sei und die Kommission es nur der Versammlung anheimstellen wolle, ob dasselbe sofort in Druck gegeben und zur Verbreitung gelangen solle, oder ob ein anderer Zeitpunkt in Aussicht stehe. Nachdem sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte entsponnen und sich mehrere Redner für und gegen die sofortige Verbreitung ausgesprochen, kam man zu dem Entschluß, die definitive Beschlussfassung bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Sodann kam man zum dritten Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Gewerkschaftskartell. Der Delegierte erstattete über die Arbeitslosenstatistik und über die Brauer und Löpfer Bericht. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Ausführungen, nachdem über die einzelnen Punkte eine Diskussion stattgefunden hatte, einverstanden. Zum vierten Punkt, Vergnügungsangelegenheiten, beschloß man, nachdem seitens des Vorsitzenden bekannt gegeben worden war, daß in diesem Winter kein gemeinschaftliches Vergnügen stattfinden, für unsere Sektion allein ein solches abzuhalten. Es wurde die Wahl eines Vergnügungskomitees vorgenommen und beschloffen, die Wahl des Tages sowie des Lokals demselben zu überlassen. Als letzter Punkt kam unsere Kolportage der „Metallarbeiter-Zeitung“ zur Sprache. Von mehreren Kollegen wurde die wenig gewissenhafte Kolportierung seitens der Hammonia-Post getadelt und der Wunsch ausgesprochen, daß bald eine Regelung der Angelegenheit vorgenommen werde; vorläufig solle dieselbe aber noch der Stadtpost überlassen bleiben. Nachdem dann noch Anträge zur nächsten Versammlung gemacht und der Beschluß gefaßt worden, einen Vortrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, forderte der Vorsitzende auf, dann auch zahlreich zu erscheinen, und schloß darnach die gut besuchte Versammlung.

Klempner.

Breslau. Am 6. November hielt die hiesige Sektion der Klempner u. v. B. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem vom Kassirer der Kassenericht erstattet war, die Revisoren die Abrechnung richtig befunden hatten, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Bei Verschiedenes wurde das Verhalten des früheren Delegierten des Gewerkschaftskartells, Kollegen A. . . , etwas näher beleuchtet, da dem-

selben vor 5 und 8 Monaten je 3 M für's Kartell übergeben wurden, derselbe aber nur eine Rate von 3 M ablieferte, mithin noch 8 M verbleibt und jetzt aus dem Verein verschwunden ist.

Frankfurt a/M. Am 5. November hielt die Sektion der Spengler ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in der sich 6 Kollegen aufnehmen ließen. Dann folgte ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schmidt über „Arbeiterkrankheiten“. Redner führt an, daß es nicht möglich sei, eine genaue Uebersicht zu erlangen, da ein Antrag der Sozialdemokratie, eine Kommission einzusetzen, die über den Ursprung der Arbeiterkrankheiten Berichte zu bringen hätte, abgelehnt sei, da den Vertretern der herrschenden Klasse wenig an der Gesundheit der Arbeiter gelegen. Redner sagte dann weiter, es sei nicht eine Kunst das Leben länger zu erhalten, sondern es sei die Kunst, die Krankheiten zu verhüten. Vor Allem sei auf reines Wasser, gesunde Luft und gentigende Ernährungsweise zu achten. Redner führt dann Beispiele an, die von Vertretern der herrschenden Klasse geschilbert seien, und die gewiß kein Zurecht daran haben, die Lage der Arbeiter zu verbessern. England besitze Gesetze für Krankheitsverhütungen und schon im Jahre 1830 sei eine gesetzliche Kommission zur Untersuchung der Arbeiterkrankheiten eingeführt, und es seien haarsträubende Thatsachen an das Licht gebracht worden. Und im Jahre 1862 seien sie noch schlimmer gewesen, eine Arbeitszeit von 18 Stunden für Erwachsene und eine 16stündige für Kinder. In einer Zündholzfabrik seien 5-7jährige Kinder beschäftigt. Aber nicht die lange Arbeitszeit sei allein schuld, sondern auch die einzelnen Berufe, die Stoffe zu verarbeiten haben, deren Staub nachtheilig auf die Gesundheit einwirkt. So seien Straßenstaub, Werkstattstaub, Steinstaub, Metallstaub und Kohlenstaub wohl die schädlichsten. Die Sterblichkeit der Arbeiter nimmt von Jahr zu Jahr zu und müsse unsere Hauptaufgabe sein, die Arbeitszeit zu verkürzen und die achtsündige Arbeitszeit einzuführen, denn dadurch sei es möglich, daß der Arbeiter seine geistige und körperliche Gesundheit länger erhalten könne. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Abrechnung für September und Oktober ergibt folgendes Resultat: 1. Für die Verbandskasse: Kassenbestand am 1. Septbr. M 69.30 Einnahme 125.30. Ausgabe 69.30. Bleibt ein Kassenbestand am 1. Novbr. von M 55.2. Kassenkasse: Kassenbestand am 1. Septbr. M 14.12, Einnahme 47.12. Ausgabe 34.13. Bleibt Kassenbestand am 1. Nov. M 27.36. Es sei hier noch kurz erwähnt, daß die Sektion der Spengler am 22. Oktober ihr zweites Stiftungsfest abgehalten hat, unter freundlicher Mitwirkung des Gesangsvereins „Colophonium Wöckenheim“. Das Fest verlief in der schönsten Weise, sodaß ein Ueberfluß von rund 65 M zu verzeichnen ist, welcher zu Unterstützungen verwendet wird. Unter „Verschiedenes“ wurde vorgebracht, wie ein Meister, Namens Haller, einen Kollegen 14 Tage vor seiner Einreihung zum Militär entlassen habe, obgleich er es wußte. So zeigt sich wieder, wie diese oft vielgepriesene Harmonie zwischen Meister und Arbeiter aussieht, sobald es an den Geldbeutel geht. Darum, Kollegen, tretet ein in die Organisation, denn sie ist das einzige Mittel, Euch gegen die Uebergriffe des Kapitals zu schützen. — Die Adresse unseres Bevollmächtigten ist jetzt: A. Erhardt, Bornwiesenweg 15, 11, Frankfurt a/M.

Hamburg. Sektion der Klempner u. v. B. Nach längerer Pause fand am 18. Oktober wiederum eine Mitglieder-Versammlung statt. Der Bevollmächtigte begrüßte und eröffnete dieselbe mit dem Hinweis auf die letztverflossene schwere Zeit, die Mitglieder ermahnen, unentwegt zur Fahne zu halten in guten und bösen Tagen. Dann erfolgte die Verlesung der Namen unserer von der Seuche hingerafften Mitglieder, und ehrte die Versammlung das Andenken derselben durch Erheben von den Sitzen. Ueber die Thätigkeit des Vorstandes während der Choleraepidemie referirte der Geschäftsführer. Er hob hervor, daß die während der Zeit erhobenen Klagen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche den Vorstand in besonderer Weise beschäftigten. Durch die Seltens der Behörde angeordnete Reinigung der Wasserleitungen fühlten sich eine Anzahl Unternehmer bewegen, auf recht niedrige Angebote seitens der Hausbesitzer sich einzulassen, ihre Gefellen, Helfer und Lehrlinge hatten natürlich darunter zu leiden. „Man immer vorwärts!“ hieß es. Daß bei einer solchen Lage eine vorchriftsmäßige Reinigung unmöglich gemacht wurde, ist erklärlich. Auch bei anderen zu billig angenommenen Arbeiten ist das Antreiben auf der Tagesordnung. Der Vorstand ist deshalb der Ansicht, daß es sich empfiehlt, bei außergewöhnlichen Arbeiten durch aufzustellende Normen die Arbeitsleistungen annähernd zu begrenzen, damit diejenigen, die gewohnt sind, aus eigenem Antriebe zu arbeiten, geschützt werden. Auch ist beim Vor-

stand Klage geführt über die Akkordarbeit und ihre Folgen. Der Vorstand empfiehlt, daß da, wo die Akkordarbeit nicht zu umgehen ist, die wöchentliche Abschlagszahlung mindestens 10 Prozent mehr ausmacht als der Wochenlohn beträgt, besonders dann, wenn der Akkord aus zweiter Hand kommt, also einem Nebenarbeiter als Vorarbeiter übertragen ist. Daß Ueberstunden gemacht werden, ohne daß Notarbeiten vorliegen, ist schon des Oefteren angezeigt, daß diese Ueberstunden unter dem Tarif bezahlt werden ist einzusehen, dennoch finden sich immer wieder Kollegen, die aus reiner Menschenliebe über 10 Stunden pro Tag und unter dem Tarif arbeiten. Auch über die ungleiche Arbeitszeit der während der Zeit der kurzen Tage auf harten Beschäftigten ist Klage geführt. Der Vorstand ist der Ansicht, daß die organisierten Bauwerkstätten in Zukunft gut thun, dafür zu sorgen, daß Niemand von ihnen unter 50 J die Stunde arbeitet. Daß noch vereinzelt Kollegen wider besseres Wissen unter dem Tarif arbeiten, ist bedauerlich. Man bedeute ihnen, daß der Tarif nicht allein als Grundlage für die Geschäftskennntnisse, sondern besonders für die allgemein erforderlichen Bedürfnisse am Orte dient. Unter Anderem ist beim Vorstand beantragt, dahin zu wirken, daß die schon Jahre lang in unserer Branche beschäftigten Helfer besser bezahlt werden, und daß diejenigen, welche zu Gesellenarbeit mitberwandt werden, mindestens nach unserem Tarif 45 J die Stunde bezahlt erhalten und zugleich dem Verband beitreten. Ueber das Lehrlingswesen hat der Vorstand Informationen erhalten, die sehr erbaulich klingen. Auf 10 Gesellen 10 Lehrlinge. Ober drei Lehrlinge ohne genügende Anleitung und Aufsicht. Daß da die Klagen über mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge berechtigt sind, ist einleuchtend. Da sind Lehrwerkstätten unter staatlicher Aufsicht wünschenswert. Hiermit war die Berichterstattung erledigt. Zum 2. Punkt: Neuordnung der Zeitungskolportage, beantragte der Vorstand, der Finanzen wegen die Zeitungskolportage durch die Hammonia-Post aufzugeben und dafür die nötige Anzahl Zeitungen für die einzelnen Bezirke in bestimmte Lokale zum Abholen resp. zum Vertheilen aufzugeben. Dieses wurde abgelehnt, und wird demnach bis auf Weiteres die Kolportage in bisheriger Weise erfolgen. Der als 3. Punkt angelegte Vortrag über die Gewerbeordnung wurde wegen vorgerückter Zeit auf Wunsch des Referenten vertagt und als 1. Punkt für die nächste Tagesordnung angelegt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde beschlossen, die nächste Versammlung am Dienstag, den 15. November, bei Tälge, abzuhalten.

Metall-Arbeiter.

Altona. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung für Altona und Umgegend tagte am 3. November bei Harjes, in welcher der Naturarzt E. Kistner einen sehr heilsam aufgenommenen Vortrag über „Der Arbeiter und die Naturheilmethode“ hielt. Referent legte an Hand zahlreicher Beispiele der Versammlung die Vortheile der arzneilosen Heilfunde vor der medizinischen Behandlung klar und schilberte mit beredten Worten die verderblichen Einflüsse der Medizin auf den ohnehin durch die Krankheit schon geschwächten Körper, besonders betont, daß bei vielen Krankheiten von einer zielbewußten Behandlung gar nicht die Rede sein kann. Redner kommt auch auf die Epidemie zu sprechen und bekämpft die Ansicht, daß der Komma-bazillus der Erreger der Krankheit sei und dieselbe durch Ansteckung verbreitet werden könne. Der Bazillus wie alle anderen Bakterien sei nicht Ursache, sondern Produkt der Krankheit. Redner fordert zum Schluß auf, die Naturheilfunde zu verfolgen und dem Naturheilverein beizutreten, ein Flugblatt, welches er (Referent) mitgebracht, besonders empfehlend. Nachdem noch einige Fragen vom Referenten beantwortet, erfolgte der Uebergang zum 2. Punkt der Tagesordnung, die Metallarbeiterkonferenz zu Kiel, ev. Delegiertenwahl. Es sprechen sich jämmtliche Redner für Bescheidung aus mit dem Bemerken, daß man versuchen müsse, etwas Greifbares, besonders in der Agitation zu schaffen. Als Delegierter wurde Kollege Schrauer gewählt. Ferner wurde beschlossen, zur Deckung der Unkosten eine Kommission von 3 Personen zu wählen, welche die Gelder auf Sammellisten einreiben soll. Zur Revision für die Angelegenheiten des Vertrauensmannes der Metallarbeiter Altonas werden 2 Kollegen gewählt. Sodann wurde die Abrechnung über die Sammlung zur vorjährigen Konferenz verlesen und genehmigt. Dieselbe lautet: Einnahme auf Nr. 1 M 6.60, II 9.55, III 5.20, IV 2.10, V 0.60, VI leer, VII 3.50, VIII 6.30, IX 5, X 3.65, Summa M 42.50. Ausgabe: an Däten M 6, Fahrgebl 4.50, eine Annonce im „Homb. Echo“ 6.80, an den Vertrauensmann für Altona abgeliefert 24.90, Briefmarken und Papier 0.30, Ca. 42.50. Bilanz: Einnahme 42.50, Ausgabe 42.50, Kassenbestand 00.00.

Ashornleben. Am 6. November hielt unsere hiesige Verwaltungsstelle des D. M. W. ihre regelmäßige Versammlung ab. Als Bevollmächtigter wurde an Stelle des Kollegen Karl Bodig unser Kollege August Schulze, Schlosser, gewählt, als Revisoren die Kollegen R. Großklaus, Kesselschmied, und Karl Meyer, Schlosser. Kollegen, durch die große Arbeitslosigkeit am hiesigen Orte sind genöthigt, öfter zur Neuwahl zu schreiben; vergangene Woche sind 7 Verbandskollegen gelübtigt, aus einer Werkstätte 5 Former, darunter unser früherer Bevollmächtigter und 1. Revisor. Die übrigen Kollegen in der Werkstätte haben noch einen 5stündigen Normalarbeitstag, d. h. 4 Tage in der Woche haben sie 5 Stunden regelrecht Arbeit, und 2 Tage können sie dazu verwenden, ihren fertigen Guß anzusehen. Die thätigsten Kollegen unserer hiesigen Verwaltungsstelle werden jetzt von uns scheiden, darum Kollegen erscheint sämmtlich zu der am 20. November stattfindenden Versammlung. Ferner werden die Kollegen ersucht, die entliehenen Bibliotheksbücher abzuliefern. Alle Briefe und Sendungen sind an unseren Bevollmächtigten August Schulze, Schlosser, Unterstraße 18, zu adressiren.

Berlin. Die vierteljährliche ordentliche Generalversammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend fand am 30. Oktober statt. In derselben erstattete der Rentant, Kollege Gerisch, den Kassenbericht vom 1. Juli bis 30. September c. Die Einnahmen betrugen M 3650,65, die Ausgaben 2216,51, es verblieb demnach ein Baarbestand incl. des vorhandenen Bestandes vom vorigen Quartal von 6148,29. Nachdem der Revisor erklärt, Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben, wurde der Rentant entlastet. Den Bericht des Arbeitsnachweises gab als Arbeitsvermittler ebenfalls Kollege Gerisch. Als arbeitslos hatten sich in der Zeit vom 1. April 1892 bis 1. September 1892 insgesamt 2010 Kollegen, gegen 1990 im vorausgegangenen Winterhalbjahr eingetragen lassen. Verlangt wurden in demselben Zeitraum insgesamt 1030 Personen gegen 660 im vorausgegangenen Winterhalbjahr, was einer Steigerung von 64 Prozent gleichkommt. Das Arbeitsangebot überstieg die Nachfrage um 50 Prozent gegen 66 Prozent im Winterhalbjahr. Befragt wurden von den eingegangenen Stellen 700, gleich 68 Proz., gegen 72 Proz. des letzten Winterhalbjahres. Von den Arbeitsuchenden erhielten daher thatsächlich nur 34 Proz. Arbeit zugewiesen, während 66 Prozent keine Arbeit erhalten konnten. Insgesamt sind die 700 Kollegen ehe sie Arbeit zugewiesen erhielten, 1920 Wochen arbeitslos gewesen. Zugleich theilte der Kollege Gerisch mit, daß sich im Monat Oktober bereits 505 Personen als arbeitslos gemeldet haben, sodah sicher anzunehmen ist, daß im Winterhalbjahr der Nachweis von 4000 Personen frequentirt werden wird, also eine bedeutende Zunahme von Arbeitslosen stattfindet wird. Aufgenommen wurden in den Verband im Jahre 1891 insgesamt 5696 Kollegen, davon sind ohne Eintrittsgeld als vollberechtigt in den Verband übergetreten 1824 Kollegen; von diesen müssen, weil seit langer Zeit mit ihren Beiträgen im Rückstande, 901 Kollegen (gleich 50 Proz.) gestrichen werden. Als neue Mitglieder mit Zahlung des Eintrittsgeldes sind eingetreten 3872, auch von diesen müssen aus denselben Gründen 2370 Kollegen (gleich 63 Proz.) gestrichen werden. Es wurden nun den Mitgliedern die Gründe klargestellt, weswegen der Vorstand beantragt worden, im Arbeitsnachweis Bestimmungen anzuhängen, welche den Aufenthalt auf Hof, Flur, Treppen und Hauseingängen des betreffenden Grundstückes untersagen und den Zuwiderhandelnden mit Ausschluß vom Arbeitsnachweis bedrohen; die Kollegen wurden ersucht, dieselben gefälligst zu beachten. Die verschiedenen gegen den Arbeitsvermittler erhobenen Beschuldigungen wurden nach Prüfung durch die Arbeitsnachweiskontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen. Die Kollegen wurden ersucht, etwaige Beschwerden, welche sich auf die Führung des Arbeitsnachweises beziehen, jederzeit der Arbeitsnachweiskontrollkommission zur Prüfung zu überweisen, damit nicht, wie es vielfach geschieht, unwahre Gerüchte kolportirt werden. Kollege Hegler als Obmann der Ueberwachungskommission erklärte, daß die Führung des Arbeitsnachweises eine korrekte gewesen sei, auch die Versammlung gab daraufhin ihre Zustimmung. Hierauf fand die Neuwahl für die aus dem Vorstand ausscheidenden Kollegen statt, und zwar wurden gewählt die Kollegen: Thate zum 2. Vorsitzenden, Heinrich zum Kassierer für den Süden, Stümper zum Kassierer für den Westen Berlins, Krause und Ksmus zu Schriftführern. Die von den einzelnen Branchenversammlungen vorgeschlagenen Kollegen Kirmes (Schlosser), Neumann (Mechaniker), Rude (Radler), Emil Gull (Former) und Hohw (Armaturarbeiter) wurden als Beisitzer im Vorstand und die Kollegen Markmann (Heizungsrohrleger) und Gerisch (Schleifer) als Fachkommissionsmitglieder von der Ver-

sammlung bekräftigt. In die Bibliothekskommission wurden der Kollege Meyer für den Süden und Kollege Diener für den Norden gewählt. Für die im Stadttheater Noabit neu zu eröffnende dritte Bibliothek für Berlin wurden die in der Bezirksversammlung vorgeschlagenen Kollegen Wicke, Schneider, Bachante, Schjessel, Braag und Behndke von der Versammlung als Mitglieder der Bibliothekskommission bestätigt. Der § 4 des Verbandsstatuts, Abs. 1 erhielt nach längerer Debatte hierüber folgende Fassung: „Bei Arbeitsstellungen und Maßregelungen wird den berechtigten Mitgliedern, sofern sie mindestens 3 Monate dem Verbands angehören, eine von der beschließenden Versammlung nach Maßgabe des Vereinsvermögens festzusetzende Entschädigung gewährt. Arbeitsstellungen dürfen nicht unternommen werden, bevor nicht die dazu eingesetzten Organe dieselben geprüft und gebilligt haben, jedoch ist der Vorstand berechtigt, bei Abwehrstreiks Unterstützung zu gewähren in solchen Fällen, in denen es den Streikenden vor Niederlegung der Arbeit unmöglich war, den Vorstand hiervon zu benachrichtigen. Ob Maßregelung vorliegt, entscheidet der Vorstand oder im Berufungsstadium die nächste beschließende oder Generalversammlung. Der Vorstand ist verpflichtet, innerhalb 8 Tagen eine Generalversammlung einzuberufen, sobald dies von einem streikenden Mitgliede, welches mit dem Vorstandsbeschlusse nicht einverstanden ist, verlangt wird. Die gewährten Unterstützungen sind freiwillige und haben die Mitglieder darauf keine rechtlichen Ansprüche. § 4 Abs. 2 wurde dahin geändert, daß Mitglieder, welche länger als 14 Tage arbeitslos, von Zahlung der Beiträge befreit sind.“ — Ferner gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Für der Rentant ist berechtigt, von solchen Mitgliedern Beiträge entgegenzunehmen, welche länger als 3 Monate reziren. Nach 5 Monaten Rückstand darf auch der Rentant keine Beiträge mehr annehmen.“ — Dem Kollegen Emil Wegner wurde auf Antrag eine laufende wöchentliche Unterstützung zugewilligt, bis derselbe wieder in Arbeit tritt. Zum Schluß wurde noch mitgetheilt, daß die Firma Drenstein & Koppel in Tempelhof in ihrer Fabrik durch Anschlag bekannt gemacht habe, daß sie, um konkurrenz zu können und ihr Etablisement nicht völlig schließen zu müssen, vom 1. November c. ab die Löhne um circa 10 Prozent reduziren werde.

Chemnitz. Am 30. Oktober tagte hier eine öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder des D. M. W., welche sich eines sehr zahlreichen Besuches erfreute. Kollege Karl Niemann sprach über die Stellung der Arbeiter zur Sozialreform und entledigte sich seiner Aufgabe, indem er die sogenannten Arbeiterkassengese, vom Haftpflichtgese, Krankenkassengese usw. bis zum Alters- und Invaliditätsgese einer eingehenden Besprechung und die Mängel derselben einer scharfen, aber gerechten Kritik unterzog, zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Im Sinne des Referenten sprachen noch die Kollegen Zuchschwert, Krause, Emil Niemann und Ritter über den Werth der gewerkschaftlichen Organisation, die Nothwendigkeit der Errichtung eines Gewerkschaftsgerichtes für Chemnitz und den hier bestehenden Arbeitsnachweis der Unternehmer, dessen Leiter ein früherer Fabrikpolizist ist, welcher durch sein Auftreten nie im Stande sein wird, sich das Vertrauen der Chemnitzer Metallarbeiter zu erwerben. Kollege Flemming sprach über den Mangel der Theilnahme der politisch organisirten Genossen an den Gewerkschaften den Wunsch aus, daß dieselben in ihren Versammlungen auf die Nothwendigkeit und die Pflicht, sich gewerkschaftlich zu organisiren, hingewiesen werden möchten. Nachdem noch die Kollegen Krause und Uferi als Revisoren gewählt und einige lokale Angelegenheiten bekannt gegeben worden waren, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige zahlreich besuchte Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet, voll und ganz für die Organisirung der Metallarbeiter zu sorgen.“ Mit einem dreifachen Hoch auf den D. M. W. wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Dessau. Am 29. Oktober tagte hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Ursache der wirtschaftlichen Krisis, Zweck und Nutzen der Organisation. Als Referent war der Rentant Paul Schöps, hier, erschienen. Derselbe führte aus, daß die wirtschaftliche Krisis nur durch die anarchische Produktionsweise hervorgerufen ist. Der Arbeiter geht ein zu Grunde, weil er, nachdem die Vorräume voll gepflöpft sind, auf der Straße herumlungern muß. Die Proletarierkrankheit nimmt immer größere Dimensionen an und wir sehen den Arbeiter den Hungertod sterben, während die Kapitalisten nicht wissen, wo sie das Geld lassen sollen. Viele Leute, die heute noch scheel auf die Arbeiter herabsehen, müßten morgen ebenfalls auf der Bankstraße pilgern. Den besten Beweis hierfür hätte die Herberge zur Heimath in Götzen geliefert durch ihren Jahresbericht

im Anhalter Staats-Anzeiger. Es sind darnach Kaufleute, ehemalige Gutbesitzer, Hospizale usw. als sogenannte „Armen“ dort übernachtet. Dieses Alles sind Ursachen der jetzt herrschenden Krisis. Der Freihandel, sagt der Schuggöner, die Gottlosigkeit, sagen die Gläubigen, habe die Krisis heraufbeschworen; doch haben wir für dergleichen Ansichten nur ein mitleidiges Acheln. Wir Arbeiter wissen sehr gut, wer der Schuldige ist. Redner kommt auf die Dampfmaschine zu sprechen und führt aus, daß auch die Maschinen nur dem Kapitalisten, niemals aber dem Arbeiter zu Gute kommen, daß dadurch die gelernten Arbeiter überflüssig gemacht werden und an ihre Stelle ungelernete Arbeiter treten. Sogar die Frau wird an die Maschine als Konkurrentin des Mannes herangezogen. Nun besteht man sich mit der Frage, wie ist die Krisis zu beseitigen? Die Unternehmer suchen dieselbe durch ihre Vereinigungen (Kartelle) zu beseitigen. Man verkauft, wie beim Schienenkartell, an das Ausland unter dem Selbstkostenpreis, und das Inland muß dafür um so mehr zahlen. Dieses kann aber niemals die Krisis beseitigen. Wir Arbeiter sind darüber anderer Meinung, wir verlangen Verfürzung der Arbeitszeit, fordern Schutz gegen die Anforderungen des Kapitals und verlangen die Ueberführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. Dieses ist das Richtige, um die Krisis zu beseitigen. Alsdann kam Redner auf die Dessauer Metallarbeiter zu sprechen und wunderte sich, daß es so wenig Mitglieder sind. Bei einer Anzahl von nahezu 1200 hier am Ort wohnenden Metallarbeitern wären kaum 100 im Verband. Hierauf verliest Redner den § 2 des Verbandsstatuts und agitirt für unseren Verband in kräftiger Weise. Ferner betont Redner noch, daß die gewerkschaftliche Organisation der politischen zur Seite stehen würde. In der darauffolgenden Diskussion wurde über den schwachen Besuch der Versammlung ein allgemeines Bedauern ausgesprochen. Es waren ungefähr 120 Personen verschiedener Gewerke vertreten. Man könnte also glauben, daß die Verhältnisse in Dessau golden wären und die bei der Versammlung fehlenden 1000 Metallarbeiter sich des besten Wohlergehens erfreuten. Dem ist aber nicht so, nur der Indifferentismus ist schuld und die Gleichgültigkeit. Dennoch liegen sich mehrere neue Mitglieder aufnehmen. Wir hoffen, daß der Stastengeist nun bald ganz aus unseren Reihen verschwinden wird. Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei regte ebenfalls zur Organisation an und meinte, daß der Werth der Organisation nicht zu unterschätzen sei. Und wer einmal einer solchen angehört hat, kämpft dafür bis zum letzten Athemzug. Hierauf folgte das Schlusswort des Referenten. Derselbe erläuterte noch, daß die gelernten Arbeiter dem ungelerten Arbeiter gegenüber viel mehr Solidarität entgegenzubringen haben, als sie es bisher gethan haben. Mit einem Hoch auf unseren Verband und die internationale Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Graudenz. Die hiesige Zahlstelle des D. M. W. hielt am 30. Oktober ihre erste aber gut besuchte Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Senke einen 1stündigen Vortrag über Nutzen und Zweck des Verbandes. Der Vortrag wurde von sämmtlichen Anwesenden mit großem Interesse verfolgt. Zum 2. Punkt ließen sich 3 Kollegen aufnehmen. Zu Revisoren wurden die Kollegen Meister, Hinz und Hirstein gewählt. Am Montag erfolgte das Hauptspiel. Es wurde nämlich auf Grund einer Denunziation eines Tischlergesellen Namens Widgotka (Hirsch-Dunder) der Kollege Lemke gemahnt. Man sieht auch hier wieder, welcher schwüßigen Kampfesweise sich die Hirsche bedienen, um die Sozialdemokraten „todt“ zu machen. Werthe Kollegen, lassen wir uns durch die Entlassung des Kollegen nicht abschrecken, sondern kämpfen wir ruhig weiter für die Befreiung des arbeitenden Volkes. Lassen wir den Muth nicht sinken, denn ohne Kampf kein Sieg und kein Kampf ohne Opfer. Lassen wir das angefangene Werk nicht untergehen, nicht im Keime erstickern — denn dann hätten die Hirsche ihr Ziel erreicht —, sondern zeigen wir, daß wir gewillt sind, einzutreten für Wahrheit und Recht.

Gießen. In der am 5. November stattgefundenen Mitgliederversammlung erklärten sich die Mitglieder der Spenglersektion im Interesse der Allgemeinheit einstimmig bereit, ihre Sektion aufzulösen und zur „Allgemeinen“ überzutreten. Weiter wurde folgende Tagesordnung erledigt: Als Bevollmächtigter wurde Kollege Karl Senst, Marktplatz 1, gewählt. 2. Punkt war Vortrag vom Genossen Lincenstruth aus Wiesbaden, welcher über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen referirte. Derselbe hob die Zustände vom Mittelalter bis zur heutigen Produktionsweise hervor und betonte hauptsächlich den immer größeren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und schloß seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß nur die Ver-

einigung Aller und zum Ziele führen werde. In Verschiedenes wurden verschiedene Angelegenheiten erledigt, u. A. wurde auch ein Antrag angenommen, am Sonntag, den 27. November gemeinschaftlich einen Ausflug nach Weblar zu unternehmen. Ferner wurden die Mitglieder erucht, immer so zahlreich zu erscheinen, wie in dieser Versammlung.

Hohenstein-Ernstthal. Es ist an der Zeit, die Zustände in der Strumpfmachensfabrik von Th. Lieberknecht, hierorts, einer näheren Kritik zu unterziehen. In dieser Fabrik herrscht immer noch das furchtbare Alfordweiserthum und treibt gegenwärtig seine schönsten Blüten. Hierbei sei bemerkt, daß die hiesigen Metallarbeiter unter der Hirsch-Dunder'schen Harmonieschlage leiden und daß gerade diejenigen, welche Vertrauensposten bekleiden, es am besten verstehen, ihre Kollegen auszunutzen. Dieses beweist Folgendes: In oben erwähnter Fabrik ist zur Zeit ein Herr Uhlmann, Vertrauensmann des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins, beschäftigt, welcher mehrere Schlosser zur Beihilfe hat. Dem betreffenden Herrn seine größte Arbeit ist es, auf seine Mitarbeiter aufzupassen, daß ja recht viel gearbeitet wird; nach Wochenabschluß rechnet er so, daß auf seine Mitarbeiter ca. 9 M kommt, während er das Uebrige in seine Taschen stecken läßt. Ein wirkliches Mitglied des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins scheint auch der Herr Werkführer zu sein; auch er versteht es, die Löhne auf das niedrigste Niveau herabzusetzen, selbiger zahlt den Schlossern 12—25 M pro Stunde und bemerkt dabei noch höhnisch, daß es verheiratete Schlosser gebe, welche noch weniger verdienen. Besonders versteht er das Untreiben aus dem H. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß Herr Lieberknecht vor Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung von jedem Arbeiter 6 M Ration einbehält, lieber hat sich derselbe noch nicht entschließen können, den Betrag zurückzugeben. Ob U. die neue Gewerbeordnung wohl kennt? Der Arbeiterauschuss, welcher seitens der Arbeiter wiederholt aufgefordert wurde, in dieser Angelegenheit vorzugehen, drückt sich darum herum, wie die Kage um den heißen Brei. Der Eine sagt, ich verzichte darauf, der Andere, wir wollen nicht daran rühren, und dergleichen Unsinne mehr. Kollegen, es ist die höchste Zeit, daß Ihr mit diesem System aufhört und Euch einer anderen Organisation anschließt. Als solche empfehlen wir Euch den deutschen Metallarbeiter-Verband, welcher die Interessen seiner Mitglieder nach jeder Richtung vertritt.

Hofenlohn. Die hiesige Zahlstelle hielt am 6. November ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Nachdem der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt war, erhielt Kollege Ernst Troost zu seinem Vortrag über die Ursachen der gewerkschaftlichen Bewegung das Wort. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe vortheilhaft und erstete am Schluß seiner Rede reichen Beifall. Die Berathung über die Einführung des Gewerbegerichts wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Beschlossen wurde noch, am 1. Weihnachtstag eine Familienfeier zu veranstalten. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 20. November, im Vereinslokale statt. Den Mitgliedern, welche länger als 8 Wochen ihre Beiträge schuldig sind, zur Nachricht, daß sie in der nächsten Versammlung gestrichen werden.

Jena. Als ein Zeichen, wie weit das Unternehmertum den Arbeitern heutzutage entgegenkommt, diene folgender gewiß interessanter Fall. Seit 15. Dezember 1891 war ein Steinbruder in der Thüringer Blechemballagenfabrik dahier beschäftigt, derselbe wurde dieses Jahr zum Militär ausgehoben und mußte am 3. November einrücken. Statt nun ihn bis dahin durch Arbeit zu unterstützen, erhielt er am Sonnabend, den 15. Oktober, also 14 Tage vor seinem Eintritt in die Kaserne ohne Angabe des Grundes die Kündigung. Beim Lohn lag ein Zettel folgenden Inhalts: „Wir müssen Ihnen zum 22. ds. Mts. kündigen.“ Diese Handlungsweise zeigt wieder recht deutlich, welche Rücksichten wir Arbeiter von dem Kapitalismus zu erwarten haben, ganz abgesehen von der sonstigen, dem Arbeiter hier zu Theil gewordenen Behandlung.

Kiel. 9. November. 3. Schleswig-holsteinische Metallarbeiter-Konferenz. Am Sonntag, 6. November, wurde die Konferenz im Wurm'schen Lokale von dem Vorsitzenden der Kieler Filiale mit einem Willkommensgrüße an die erschienenen Delegirten eröffnet. Nach der Erledigung der Bureauwahl verliest der als Vorsitzender gewählte Vertrauensmann aus Neumünster die Tagesordnung und fordert auf, etwaige Ergänzungsanträge zu derselben zu stellen, was nicht geschieht. Eine hierauf gewählte Mandatprüfungscommission prüft die Mandate und findet dieselben für richtig. Nach dem Berichte sind vertreten Kiel durch drei, Friedrichsort und Neumünster durch je zwei, Flensburg, Lübeck, Altona, Nenssburg, Söbhor, Wandsbeck, Elmshorn, Heide, Schleswig, Eckernförde und Breck durch je einen

Delegierten. Zwei derselben sind ohne Mandat erschienen, werden aber nach ihren Erklärungen als berechtigt anerkannt. Hierauf erhält der Vertrauensmann das Wort zum Klassenbericht, welcher mit einer Gesamtannahme von 227,80 und mit einer Gesamtansatzgabe von 70,05 abschließt, so daß ein Klassenbestand von 171,75 verbleibt. Gewählt werden zwei steller Delegierte, welche die Rechnung prüfen und für richtig befinden. In dem sich hieran anschließenden Situationsbericht des Vertrauensmannes, hebt derselbe hervor, daß die auf der zweiten Konferenz in Neumünster am 11. Oktober 1892 gefaßten Beschlüsse nicht nach Wunsch durchgeföhrt werden können, was theilweise an der Krise, theilweise aber auch an den Mitgliedern selber gelegen habe, da er in den ersten sechs Monaten stets mit einem Defizit gearbeitet und nach dem Erlaß eines Aufrufes erst in den letzten vier Monaten Gelder erhalten habe. In Gernsforde sei durch die Vermittlung des Vertrauensmannes, in Apentrade durch die Vermittlung des Hauptvorstandes eine Filiale gegründet worden, doch liege von letzterem Orte kein Bericht vor. Auch sei von Kiel aus in Friedrichsort, Preetz und Neumünster je eine Filiale gegründet worden. Die jegige Organisation ermöglichte ein bedeutend besseres Vordringen der Bewegung in der Provinz, da die allgemeine Organisation in kleinen Orten die Wahl eines Vorstandes ermöglichte, während dieses bei den Fachorganisationen in den meisten Fällen unburchsührbar sei. Ein weiterer Vortheil beruhe in der Gewährung des Rechtszuges. Den einzelnen Branchen sei ja außerdem durch die Sektionen Rechnung getragen. Die Wichtigkeit des auf dem Frankfurter Kongreß beschlossenen Weges bewies das rapide Steigen der Mitgliederzahl des Verbandes, welcher innerhalb 14 Monaten es auf 300 Filialen und 30.000 Mitglieder gebracht habe, während bei der Gründung nur 15—16.000 beigetreten seien. An Geldern seien vom Verbandsvorstande gezahlt worden in den ersten 5 Monaten für Wanderunterstützung 14.729,57, für Streiks 1842,67, für Rechtszuch 235,38 und für Agitation 978,45. Einem Antrage Jhehoe's gemäß wird dem Vertrauensmann Decharge erteilt und mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung: „Berichterstattung der Delegierten“, begonnen. Friedrichsort hat am 1. Dezember 1891 seine Filiale mit 100 Mitgliedern gegründet, denen 162 neu zugetreten und 55 zugereist sind, wovon abgereist 115, freiwillig ausgetreten 10 und 2 gestorben sind, so daß die jegige Mitgliederzahl sich auf 197 beläuft. Die Flensburger Filiale wurde mit 60 Mitgliedern gegründet und ist jetzt auf 180 gestiegen, wovon 30 Klemptner. Jedoch seien dafelbst in anderen Organisationen noch viele Kollegen vertreten. Der Delegierte klagt über schlechtes Einkommen der Agitationsgelder und wünscht die Beiträge auf 20 A erhöht. In Rendsburg konnte mit der Gründung der Filiale erst im Februar begonnen werden, und sind in der Zeit 13 Verbandssammlungen abgehalten worden. Die Mitgliederzahl ist dafelbst von 68 auf 110 gestiegen. Die übrigen der am Orte beschäftigten ca. 400 Metallarbeiter gehören hauptsächlich der ländlichen Bevölkerung der Umgegend an und sind schlecht zu gewinnen. Jhehoe hat nicht einen so erfreulichen Bericht, sondern nur 70 Mitglieder aufzuweisen. Die dortigen Verhältnisse seien so schlecht, daß von den durchschnittlich dafelbst beschäftigten 300 Mann nur noch ca. 150 am Orte seien. Neumünster klagt, daß von 420—430 Metallarbeiter am Orte allein 300 auf der Eisenbahn-Betriebswerkstelle arbeiteten, von denen nur 30 in der Organisation seien. Auf einer anderen Fabrik seien von 20 nur 3 in der Organisation. Die beste Stütze liege dort in den kleineren Werkstätten. Die Gernsforde Filiale wurde am 1. Juli gegründet und hat jetzt 15 Mitglieder, Heide 25—30 Mitglieder von ca. 60 am Orte befindlichen Metallarbeitern. Einen bedeutend besseren Bericht hat Kiel aufzuweisen. Seit der Begründung der Filiale mit ca. 400 Mitgliedern sei durch die rege Agitation der jüngeren Kollegen ein bedeutender Aufschwung erzielt. Es habe sich die starke Filiale Friedrichsort abgesendert und in letzterer noch die Neumünster Filiale mit 35 Mitgliedern, die aber heute noch nicht vertreten sei. Dennoch betrage die Mitgliederzahl ca. 810. Wandsbeck bebauert, daß von ca. 200 dortigen Kollegen nur 35 in der Verbande seien und diese besuchten trotz eifrigster Agitation die Versammlungen sehr schlecht. Noch schlechter ist es in Altona, wo der Schlosserfektion nur ca. 162 und der Klemptnerfektion nur ca. 100 Mitglieder angehören, von denen man nur die Hälfte noch als Mitglieder betrachten könne, da in Folge der Cholera sehr viele mit ihren Beiträgen im Rückstande wären. Auch glaubten viele Kollegen, mit ihrer Zugehörigkeit zur Parteiorganisation ihre Schuldbiligkeit gethan zu haben. Lübeck kann daselbe Bedingen. Von 1000—1200 dort beschäftigten Kollegen

gehörten 186 dem Verbands, 60—70 der Formers- und ca. 28 der Samlebeorganisation an. Dort sind hauptsächlich die jüngeren Kollegen organisiert. Gearbeitet wird dort meistens nur mit 8 Stunden, weshalb läglich welche abreisen. Elmshorn ist 1891 mit 26 Mitgliedern übergetreten und hatte bereits eine Mitgliederzahl von 46 erreicht, davon sind aber die meisten abgereist, so daß nur noch 18 Mitglieder und 33 Metallarbeiter überhaupt am Orte sind. Preetz hat vor 8 Wochen mit 14 Mitgliedern angefangen, die jetzt auf 28 gestiegen seien. Das sei ein Drittel der am Orte beschäftigten Kollegen. Der Vertreter von Schleswig klagt über das Behaltungswehen. In einigen Werkstätten arbeiteten zwei Gesellen mit sieben Beurlaubten. Damit ist die Berichterstattung der Delegierten geschlossen und es wird vom Vorsitzenden die Diskussion über den dritten Punkt, Regelung der Organisation, eingeleitet. Das Klagegeld Altona's, daß die Parteigenossen die Gewerkschaftsorganisation vernachlässigten, könne man in fast allen größeren Städten hören. Dennoch sei die Gewerkschaftsbewegung die Schule, in welcher durch populäre Vorträge die politische Vorbereitung würde. Daran sei die zwölfjährige Dauer des Ausnahmegesetzes Schuld, wo die Gewerkschaftsbewegung nicht habe vorwärts kommen können. Durch die Unternehmerverbände seien wir aber gedrängt worden, uns auf dem Gewerkschaftsgebiete etwas rascher zusammenzutun. Der Delegierte von Rendsburg weist ebenfalls die meiste Schuld für das Darunterliegen der Gewerkschaftsbewegung der Theilnahmslosigkeit vieler Parteigenossen zu und tadelt das Verhalten der Formers und Schmiede zu den Beschlüssen des Frankfurter Kongresses. Eine Einigung sei notwendig, habe doch schon der Tischler- und Metallarbeiter-Verein Einigungspunkte erzielt. Wollte man an kleinen Orten alle Kräfte zentralisieren, dann sei auch etwas zu erreichen, während sonst die Organisation da sehr im Argen liege. Wandsbeck stellt den Antrag, an jedem Orte eine dreigliedrige Agitationskommission zu ernennen. Der Vertreter von Jhehoe macht auch auf die Vorträge der politischen Organisation aufmerksam. Man möge die Art und Weise der Einführung der Fabrikordnungen als gutes Material agitatorisch verwenden. Lübeck und Kiel bekämpfen den Antrag Wandsbeck, der nicht für jeden Ort passe, und da, wo er notwendig sei, ja durchgeföhrt werden könne. Bekteler Di wünscht eine Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Hierbei macht der Kieler Vorsitzende die Mitteilung, daß laut Mitteilung des Vorstandes damit im nächsten Jahre begonnen werden solle. Rendsburg ist der Meinung, man könne viel an Agitationsgeldern sparen, wenn die größeren Städte ihre Umgegend mit ihren eigenen Medlern bearbeiteten und wenn es auch ein anderer Gewerkschaftsgegner sei. Die von Jhehoe angeregten Fabrikordnungen hätte man vor ihrer Einführung auf die Tagesordnung von Versammlungen stellen sollen. Derselbe rügt auch, daß die Lehrlinge nicht zu gewinnen versucht würden. In einem Schlufwort betont der Vorsitzende die Notwendigkeit einer solchen Organisation, wo die nichtgelernten Arbeiter angezogen und nicht abgestoßen würden. Der Antrag Wandsbeck wird hierauf abgelehnt und zum vierten Punkt der Tagesordnung, das Herbergswesen und die Wanderunterstützung, übergegangen. Hierzu bemerkt der Vorsitzende, daß eine Organisation des Herbergswesens nur durch die Zentralisation des Verkehrs auf den von uns empfohlenen Herbergen und durch strenges Weiden der christlichen Herbergen erreicht werden könne. In seinen weiteren Ausführungen rügt er, daß viele Filialen und Vorkände sich bei ihrer Entlassung selber die Scheine ausstellen; das sei unzulässig. A. H. möge man darauf achten, daß bei Abtritt von ausländischen Kollegen, diesen ihre Zeit der Zugehörigkeit in einem ausländischen Vereine in ihrem Mitgliedsbuche vermerkt würde. Rendsburg will die Regelung des Herbergswesens nicht in der von Neumünster angebotenen Weise, das müsse dem freien Willen der Beteiligten überlassen bleiben, denn vielfach, wie auch in Rendsburg, wo ihnen der Wirth den Stuhl vor die Thür gelegt habe, sei man nur auf den Verkehr in den christlichen Herbergen angewiesen. Nach der Meinung Jhehoe's ist dies eigene Schuld der Arbeiter, die ihren ganzen Verkehr ja nur nach dem von ihnen benutzten Herberge lenken könnten, um dieses zu vermeiden. Lübeck bezweifelt, daß die von Neumünster angeregten Strafbestimmungen für den Verkehr auf anderen Herbergen mit dem Statut in Einklang zu bringen seien. Auch sollten nicht die Wirth, sondern die Kollegen selbst die Unterstützung auszahlen. In Hamburg würden mit der Auszahlung der Unterstützung viele Böde geschossen, was der Vertrauensmann bestätigt. Unter „Berichtenes“ bittet der Vertrauensmann zu wählen, was mit der Wahl eines Kieler Delegierten geschieht. Dann findet

noch eine Unregelmäßigkeit des früheren Gernsforde Bevollmächtigten ihre Erledigung, worauf der Vorsitzende die Konferenz schließt. **Siegen.** In wie weit dem Koalitionsrecht der Arbeiter im Kreise Siegen von Seiten der herrschenden Klasse Rechnung getragen wird, zeigt folgender Vorfall: Von Seiten der hiesigen Genossen war auf Samstag, den 29. Oktober eine öffentliche Arbeiterversammlung in den „Kaisergarten“ einberufen. Auf der Tagesordnung stand Folgendes: 1. Zweck und Ziele der Arbeiterorganisation. 2. Verschiedenes. Genosse Nam aus Siegen hatte für den Abend das Referat übernommen und sollte die Versammlung einen rein gewerkschaftlichen Charakter haben, aber die gelegener Arbeiter denken und der Wirth des „Kaisergarten“ und seine Hintermänner lenken. Das betreffende Lokal war von zwei hiesigen Genossen am 24. Oktober schriftlich gemietet worden zum Preise von 15 M., aber eine Stunde vor der Versammlung wurde uns vom Wirth das Lokal verweigert und zwar aus dem Grunde, weil ein „gewisser Nahur“ in der Versammlung sprechen sollte und derselbe erklärte sich natürlich bereit, die entstehenden Kosten zu decken und wenn es 50 M. koste, er lege aber keinen Sozialdemokraten in seinem Lokale sprechen; ein Beweis, daß er von den Stützen der Gesellschaft dazu gebunden war. Denn unserer Ansicht nach kann der Wirth das Geld nicht aus seiner Tasche bezahlen, er ist nur Miether der betreffenden Wirthschaft und früher auch Arbeiter gewesen. Zu der Versammlung war auch Genosse Krause aus Herloh erschienen. Derselbe hielt dann später in der Versammlung des D. M. A. B. einen Vortrag über: „Gewerkschaftsorganisation“, wofür ihm reichlich Beifall zu Theil wurde. Es traten dann noch 3 Kollegen dem Verbands bei. — Da wir nach gemachten Beobachtungen Aussicht auf eine gutbesuchte öffentliche Versammlung hatten, so stellten wir unsern Gegnern gern das Beugnis aus, Siegen, die Hochburg der westfälischen Eisenindustrie, vom sicheren Untergang gerettet zu haben. **Schweidnitz.** Am 5. Oktober fand hier im „Bienen Himmel“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. In derselben hielt Kollege Junge-Stuttgart einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Organisation“. Im Verlaufe desselben kritisierte Redner unter Anderem die Handlungsweise des Staates. Derselbe verlange wohl von den Arbeitern Abgaben und Steuern, gebe ihnen aber, sofern sie über 45 Jahre sind, keine Arbeit, wie aus verschiedenen Mundschreien der Eisenbahndirektionen hervorgeht. Ferner kam Redner auf die Gewerksvereine zu sprechen. Er betonte dabei, daß man dieselben nicht als Freunde, sondern als direkte Feinde der modernen Arbeiterbewegung ansehen müsse. Zum Beweise verlas Redner einen Brief der Göttinger Ortsverwaltung, in welchem die Herren anlässlich des Göttinger Streiks Metallarbeiter als Streikbrecher heranzuloden suchten. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband. — In der nächsten Versammlung wurde beschlossen, um Maßregelungen vorzubeugen, einen Vertrauensmann zu wählen und wurde dazu Kollege Neuser bestimmt. Wenn auch unsere Zahl noch klein ist, so dürfen wir doch nicht verzagen. Darum auf, Kollegen, agitire jeder eifrig und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Die Adresse des Vertrauensmannes ist: G. Neuser, Brunauerstr. 1, Hinterhaus. **Soran.** Netze und erbauliche Zustände herrschen in der „Kesseln“ des Zuckerkönigs Meier von Zuckers Gnaden in Tangermünde. Befagter Industriekönig beschäftigt auch Schlosser, oder überhaupt Metallarbeiter. Kommt nun eines Tages aus Soran ein ehrsammer Schlosser in Tangermünde zugereist und macht unter Anderem auch die zuckerköniglichen Unterthanen darauf aufmerksam, was Se. Majestät von Zuckers Gnaden für Einkünfte hat und was ihnen, den armen Teufeln, zur Fristung ihres Daseins für Gnadenbroden hingeworfen werden. Merkwürdiger Weise sahen die Leute im zuckerköniglichen Staate die Einkünfte ihres „Allergnädigsten“ als viel zu hoch für seine eventl. hoch dafür zu leistende Arbeit an, und weil sie berartige faule Zustände nicht gutheißen konnten und dieselben abschaffen wollten, schlossen sie sich dem D. M. A. an. Doch mit des Geschiedes Wächtern ist kein ewiger Bund zu schließen, gewissenlose und speichelleckerische Schuste gab es auch im Staate Zuckria, man verließ die junge Organisation, und das was nun folgte war leider kein Zucker, sondern die Leute wurden einfach „hinausgeschmissen“. Kaufjungen, Backpfeifer und kündigungsslose Entlassung bezugerten noch mehr diese obzuehin zuckersäke Handlungsweise. Man sieht also hier, daß das Sprichwort: Mit was man umgeht, das hängt sich einem an, durch vorstehenden Fall durchaus nicht bewiesen ist, jedoch glaube ich aber gewiß, daß die zu ihrem Schaden bei dieser Affaire Beteiligten durch das prophezierte Denehmen ihres selbsterhaltenen Brodes nach jeder Richtung hin

damit antworten werden, daß sie noch viel eifriger als bisher für jede Arbeiterorganisation und zuerst für den deutschen Metallarbeiter-Verband agitiren werden. **Feilenhauer.** **Ludwigsafen.** Auf die in Nr. 45 der „Metallarbeiter-Zeitung“ gebrachte Notiz, den Zugang der Feilenhauer und Schleifer von Ludwigsafen a. Rh. fern zu halten, bringen wir andurch Folgendes zur Kenntniß. Am 25. Oktober, als wir des Morgens den Fabrikraum der Feilenfabrikanten Menner u. Siegwart betraten, überraschte uns an Stelle des alten ein neuer Lohnartik mit der faunensvollen Erklärung der Herren Prinzipale, daß sie uns zur Kenntniß bringen, daß sie sich bewegen gefunden, uns in aller Stille mit einem Lohnabzug von 8 bis 10 Prozent zu bewillkommen, welcher mit dem 1. November in Kraft treten sollte. Wir sind deshalb genöthigt, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, wie eigentlich die Verhältnisse liegen. Unsere Einnahmen waren seither bei 12tägiger oder 120 Stunden Arbeitszeit durchschnittlich 30 M. Rechnet man nun, wenn der neue Lohnartik in Kraft getreten, so findet man, daß ein Arbeiter trotz der Ausbietung seiner ganzen Kraft und Geschicklichkeit, den nur spärlichen Akkordlohn von höchstens 25 M. verdienen kann. Außerdem wurde uns zur Aufgabe gemacht, das Werkzeuggutachen, für welches von jeder Vergütung der Zeit gemährt wurde, auf eigene Rechnung zu übernehmen, welches in zwölf Arbeitstagen einen Zeitaufwand von mindestens einem halben Tag in Anspruch nimmt. Ueber ein derartiges Vorgehen unserer Prinzipale stutzig gemacht, berieten wir auf Sonntag, den 29. Oktober, eine Feilenhauerversammlung in's Lokal Noob ein, die auch von sämmtlichen Gesellen der Fabrik besucht war. Es wurde der Beschluß gefaßt, aus der Versammlung eine Kommission zu wählen, welche mit den Herren Menner u. Siegwart verhandeln sollte. Am 30. Oktober begab sich die Kommission auf das Bureau der Prinzipale, um auf gutlichem Wege in Unterhandlung zu treten. Jedoch durch die kurze Bemerkung der Herren: „Wer nicht um den Preis arbeiten wolle, könne gehen“, scheiterte die Aufgabe der Kommission, worauf sich sämmtliche Gesellen, 15 an der Zahl, einmüthig durch Unterschrift verpflichteten, Montags zu kündigen, welches auch geschah. Nur zwei sind den Herren Menner u. Siegwart treu geblieben, auf welche wir nächstens zurückkommen werden. Wir haben also gethan, was wir nicht lassen konnten, denn wenn man sich in unsere schon überaus gedrückte Lage berseht, daß wir bei dem früheren Lohnartik kaum ein dem Menschen entsprechendes Auskommen hatten, so wird es uns Niemand verargen, wenn wir im Interesse unseres Lebensunterhaltes einig und geschlossen vorgehen. Denn aus unserer heutigen Erklärung wird zur Genüge hervorgehen, daß die Herren Menner u. Siegwart mit ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ nichts Gutes meinen, denn diese Herren erklärten auch, daß sie in Zukunft in ihrem Geschäfte keine organisierten Arbeiter dulden werden. Da nun sämmtliche Feilenhauer ziemlich alle dem Verbands angehören, so wird es wohl den Herren etwas schwer werden, für Hungerlöhne Andere in die Falle zu locken. **Deutscher Metallarbeiter-Verband.** **Bekanntmachung.** Es laufen vielfach bei uns Gesuche um Erlaß der Beiträge bei Rückständen von 1/2 oder 3/4 Jahren und länger ein. Wir machen hiermit bekannt, daß solche Gesuche künftighin nicht mehr berücksichtigt werden können, da nach § 3 Abs. 6a die Mitgliedschaft bei Smdentlichem Rückstande erlischt. Mitgliedern, denen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit zc. die Beitragszahlung nicht möglich ist, können von der Ortsverwaltung nach § 9 Abs. 2 die Beiträge für 13 Wochen gestundet werden. Es ergibt sich hieraus von selbst, daß in allen den Fällen, wo es sich um Erlaßung der Beiträge über ein Vierteljahr hinaus handelt, der entsprechende Antrag zur Zeit des Ablaufs der Stundungsfrist, also in der 13. Woche gestellt werden muß. Wir werden also künftighin nur diejenigen Gesuche berücksichtigen, die spätestens zur 15. Woche in unseren Händen sind. Hinsichtlich der Gesuche selbst verweisen wir auf unsere Bekanntmachungen in Nr. 22 und 23 des Verbandsorgans. Denjenigen Mitgliedern, die 7 Wochen restiren, ist eine Mahnung zugestellt und sofern sie keine Anstalten zur Begleichung ihrer Rückstände machen, nach Ablauf der achten Woche die Zeitung zu entziehen. Haben solche Mitglieder bis spätestens nach Ablauf der 13. Woche nichts von sich hören lassen, noch die Rückstände beglichen, so sind sie zu streichen. Wenn die Ortsverwaltungen in dieser Richtung konsequent vorgehen, werden halb die vielfach gerügten Rückstände der unpaß-

lichen Beitragsleistung beseitigt sein und un- nöthige Ausgaben für die Zeitung vermindert werden.

Sodann ersuchen wir die Ortsverwal- tungen und Vertrauensmänner, umgehend etwaige im letzten Vierteljahr vorgekommene Adressveränderungen behufs Revision des Adressenverzeichnisses uns mitzutheilen.

Dieserjenige Mitglieder, die an Nichtver- bandsorten, d. h. an solchen Orten, wo sich weder ein Vertrauensmann noch eine Ver- waltungsstelle befindet, Arbeit erhalten, haben sich innerhalb 14 Tage unter Einsenden ihres Buches bei dem Verbandsvorstand, Stuttgart, Schlofferstraße 21.1 und nicht, wie das ja häufig vorkommt, bei der hiesigen Ortsverwaltung anzumelden. Die Adresse des Verbandsvorstandes befindet sich im Adressenverzeichnis nicht unter Stuttgart, sondern auf der letzten Seite.

Der Schloffer Max Ruff aus St. Jo- hann, Mitgliedsbuch Nr. 3808, schuldet dem Verband noch 5 M irrthümlich zu viel aus- gezahlte Reiseunterstützung. Wir ersuchen die auszahlenden Beamten, sobald sich derselbe meldet, ihm sein Mitgliedsbuch abzunehmen und dasselbe nach hier einzusenden.

Das Mitglied Ferdinand Lindner, Klempner, geb. 18. Juli 1874 zu Nürnberg, hat sich auf sein Verbandsbuch in Würzburg beim Verkehrslokalkommissar für 3 Tage Frei- quartier beschafft, indem er ohne bezahlte zu haben, verschwunden ist. Wir ersuchen, so- bald sich irgendwo zur Erhebung der Unterstützung oder zur Aufnahme meldet, ihn zurückzuführen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 85166 des Schlof- fers Wilhelm Schmidt, geb. 3. Mai 1873 zu Bodenheim, wird hiermit für ungültig erklärt.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: Forman von Glin a/Elb., Feil- hauer von Hagen, Pelster n. W., Hermsdorf b. Dresden und Ludwigs- hagen a/Elb.

In letzterer Stadt haben die Genossen, um den fortwährenden Abzügen von dem ohnehin sehr mangelhaften Verdienste ein weiteres Umschlagreifen unmöglich zu machen, die Arbeit niedergelegt und erwarten wir von den Verbandsmitgliedern die weitestgehende moralische wie materielle Unterstützung.

Alle für den Verband bestimmten Geld- sendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlofferstraße 21.1,

zu richten, und ist auf dem für Mittheil- ungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, nongreßprotokolle, Delegirtensteuer oder Ge- neralkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß!

Der Vorstand.

Ihre Entlassung aus der Sächs. Bronzwaaren-Fabrik

Schildern vier Punkte in der „Burgerer Zeitung“ wie folgt:

Die grundlose Entlassung dreier Arbeiter aus der schützlichen Maschinenfabrik steht nicht vereinzelt da. Auch uns Unterzeichneten ist es ähnlich ergangen, als wir vorige Woche Knall und Fall aus der Bronzwaarenfabrik entlassen wurden.

Wir verkennen nicht, daß der Direktor der Fabrik, Herr Max Seifert, wiederholt den Arbeitern Beweise von seiner menschenfreund- lichen Bestimmung gegeben hat. Deshalb sind ihm auch die von ihm gern gebrauchten Schimpfwörter nicht so streng angedreht wor- den, obwohl es nicht notwendig und respekt- erhöhend ist, wenn er die Arbeiter als „Kerls, Flegel, Lämmel, Bengel, Tagelassen, Schablo- nenmenschen, Dummler, Dumpen“ u. s. w. be- zeichnet. Wir wußten, er meint es nicht so schlimm und wenn seine hitzige Erregtheit verschwunden ist, so ärgert er sich schon selbst über die von ihm gebrauchten Schimpfwörter. Freilich gab es jedem Arbeiter allemal einen Stich, wenn der Herr Seifert solche Aus- drücke anwendete.

Seit einigen Monaten hatten wir täglich 12-14 Stunden zu arbeiten. Fast nie er- fuhren wir, wie lange die Arbeit am Abende dauern würde, eher, als in den späten Nach- mittagsstunden, jedoch wir in der Regel von 1/5 Uhr an bis Abends 9 Uhr arbeiten mußten, ohne jede Pause und ohne daß wir hätten etwas essen können.

Wir bemühten uns nach Kräften, die uns aufgetragenen Vorkarben schnell und gut zu liefern. Aber schon in den letzten Tagen des Oktober machte uns Herr Seifert unter

Anwendung von schmähenden Schimpfwör- tern täglich wiederholt Vorwürfe, wir brächten nicht genug fertig. Dabei drohte er mit Lohnabzügen und Kündigung. Wir haben so fleißig gearbeitet als wir nur konnten. Da wir immer nach polieren mußten, mußten wir den ganzen Tag im Wasser herum hantieren. Manchmal haben unsere Finger vom ange- strengten Arbeiten krumm gestanden, und manchmal konnten wir vor Ermüdung kaum essen, wenn wir Abends in der ersten Stunde von der Arbeit nach Hause kamen.

Trotzdem wurde Herr Seifert seit Anfang voriger Woche immer heftiger und unzufrie- dener mit uns. Am Mittwoch Nachmittag 1/2 1/2 Uhr kam er wieder in die Werkstatt und tabelte und wäfelte unter heftigen Schimpf- worten über unsere Arbeiten, die wir genau so gut und so schnell verrichteten wie früher. Wir sollten mehr aufdrücken, es geht nicht schnell genug, und noch andere Vorwürfe machte er uns. Altman bekam dabei ge- kündigt, ohne daß er ein Wort gesagt hätte. Stephan wurde es schließlich zu viel, so daß er sagte: „Herr Direktor, wir arbeiten, so viel wir können und thun unsere Sache; aber als Sklaven lassen wir uns nicht be- handeln.“ Da wurde er auf der Stelle fort- geschickt. Kunstmann kam auch mit Herrn Seifert in Wortwechsel und sagte zu ihm: „Ich kann nicht noch mehr arbeiten; Sie sind so gut Mensch wie ich; Sie denken uns aber als dumme Jungen behandeln zu können.“ Da kriegte er Felerabend. Und zu Winter er sagte Herr Seifert: „Winter, sehen Sie sich ja vor; arbeiten Sie schneller, denn die Alten merze ich alle aus.“ Winter ist im ersten Jahre in der Fabrik. Winter er- widerte darauf kein Wort. Nach etwa einer Minute ging Herr Seifert nochmals zu Winter und kündigte ihm. Wir verließen nun die Fabrik, um uns Arbeit zu suchen. Dieses Recht stand uns nach der Arbeitsver- bindung zu. Wir sagten das auch unserem Vor- arbeiter. Nur veräunten wir in unserer Aufregung, einen Passagierschein uns geben zu lassen. Am nächsten Morgen wollten wir drei, Altman, Kunstmann und Winter, an- fangen, die achtstägige Kündigungszeit abzu- arbeiten. Da wurden wir gar nicht mehr hineingelassen.

Als wir uns den Lohn holten, fragten wir, wie es mit den acht Tagen wäre. Da wurde uns erwidert, wir sollten das Geschäft verklagen. Winter ist seit 10 1/2 Jahren in der Bronzwaarenfabrik gewesen. Stephan mit einer kurzen Unterbrechung über 5 Jahre, Kunstmann und Altman über 2 Jahre.

Als wir beschäftigungslos auf der Straße standen, sagte einer das, was schon viele hundert Male gesagt worden ist: „Beim alten Herrn Seifert wäre so etwas nicht vorgekommen.“

Abrechnung

der Agitationskasse der Metall- Arbeiter Thüringens bis 10. Oktober d. J.

Einnahme. Rassenbestand laut Abrech- nung M 6,46. Vom Hauptvorstand M 50. Gotha 5. Weimar 7,50. Gera 5. Zeitz 10. Erfurt 5. Apolda 5. Schmalkalden 1,60. Saalfeld 10. Altenburg 12,40. Gera 20. Altenburg, Hauptkassa 20. Jena 8, 2,50. Sangerhausen 6. Mühlhausen 14,55. Saalfeld 6. Sa.: M 198,81.

Ausgabe. Für Agitation an Gebauer: 9. März und 4. April nach Götting M 3, 19. März nach Mühlhausen und Erfurt, Fahrt 2,30. Arnstadt, Zeitvergiftung, 3 1/2 Tag 21. 9. April, Apolda, Rauenburg, Sangerhausen, Fahrgehalt 12,70, Zeitver- giftung 16 gleich 28,70. 15. April nach Greiz, Fahrgehalt 3,20, Zeitv. 2, gleich 5,20. 19. April, Weichenfeld, Fahrg. 3,20, Zeitv. 5, gleich 8,20. 22. April nach Zeitz und Saalfeld, Fahr- gehalt 7,20, Zeitv. 7, gleich 14,20. 25. April nach Greiz, Fahrg. 3,20, Zeitv. 7, gleich 10,20. 8. Mai nach Zeitz, Fahrg. 1,40, Zeitv. 1,50, gleich 2,90. 21. Mai nach Gera, Zeulen- roda und Pönned, Fahrg. 7, Zeitv. 16, gleich 23. 18. Juni nach Götting, Fahrg. 1,50, gleich 1,50. 3. Juli nach Grimmschau und Greiz, Fahrg. 3,20, Zeitv. 4, gleich 7,20. 30. Juli nach Jena, Fahrg. 6,70, Zeitv. 7, gleich 13,70. 8. Oktober nach Zeulenroda und Greiz, Schleich, Meißkau, Fahrg. 10,30. Zeitv. 21, gleich 31,30. Erfurter Konferenz 3. 5 Pakete à 30 M Porto, gleich 2,50. 10 Kreuzbänder à 30 M, gleich 3. 7 Kreuzbänder à 20 M, gleich 1,40. 49 Briefe à 10 M, gleich 4,90. 3 Briefe à 20 M, gleich 0,60. 67 Postkarten à 5 M, gleich 3,35. 9 Geldsendungen erh. à 5, gleich 0,45. 3 Pakete erh. 0,85, gleich 0,35. Unkosten für die Verwaltung 12. Summa: M 213,95.

Bilance.

Einnahme M 198,81.

Ausgabe „ 213,95.

Defizit M 15,95.

Vorliegende Abrechnung geprüft und für richtig befunden:

Gera, 25. Oktober 1892.

Gustav Becker, Richard Grimm,

Revisor, Stellvertreter.

Melirationen sind an Gustav Becker, Gera, Waldstraße, zu richten. Da ich auf

Anregung einer Besprechung in Halberstadt die seiner Zeit ausgegebenen Marken wieder eingezogen habe, so ersuche ich die Orte Apolda und Weimar, über die noch aus- stehenden Marken baldigst abzurechnen, damit ich eine definitive Abrechnung aufstellen kann. Die vorstehende Abrechnung ist den 10. Ok- tober aufgestellt, wovon ein Exemplar an die Hauptkasse abgedandt wurde, doch hatte ich erst später Gelegenheit, persönlich den Revisoren die Belege vorzulegen, und dauerte es auch eine Woche, ehe ich die Abrechnung von den Revisoren zurückerhielt, so daß eine Veröffentlichung nicht eher möglich war. Es sind seit dieser Zeit wieder einige Marken eingegangen, und habe ich auch wieder eine Agitationsreise nach Neustadt an der Orla, Pönned und Zeulenroda unternommen.

Zahlstellen habe ich gegründet in Meusel- witz, Götting, Arnstadt, Greiz, Neustadt a. d. O., Schleiz und Zeulenroda, wovon wegen Maß- regelung sämtlicher Mitglieder die Zahl- stelle Götting eingezogen ist, während sich die Christlichsozialer Kollegen in Zwidau an- geschlossen haben.

Wenn mir nun Kollege Meier in Apolda den Vorwurf der Bauheit macht, so bin ich der Ansicht, daß es eine Hauptaufgabe der Bezirksvertrauensmänner ist, an Orten, wo noch keine Organisationen bestehen, solche zu gründen, während es wohl nicht nötig ist, Zeit und Geld an Orte dranzusetzen, wo sich selbst agitatorische Kräfte befinden. Ober- soll ich schuld dran sein, daß in Apolda die gewerkschaftliche Organisation nicht vorwärts geht? Die Bezirksvertrauensleute sind keine Hezenmeister, und sie können ihre Aufgabe nur voll erfüllen, wenn sie auch von allen anderen Kollegen energisch unterstützt werden. Und da muß ich konstatieren, daß man es an verschiedenen Orten, trotz meiner brü- lichen Witten um Angabe von Adressen aus Nachbarschaften, nicht einmal für nötigig be- funden hat, zu antworten.

Was die Einberufung einer Konferenz anbelangt, so habe ich mich schon an ver- schiedene Stellen gewendet, um ihre Kräfte- rungen zu hören, auch an Apolda, aber keine Antwort erhalten, wozu also die Anrempelung?

Ich ersuche hierdurch alle Zahlstellen Thüringens, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und mir so bald wie möglich Nach- richt zukommen zu lassen. Ich würde den 27. Dezember als Zeitpunkt vorschlagen und als Orte Gotha oder Weimar, Meine persönliche Meinung, welche ich auch auf die Befahrt hin, an gewissen Orten in Ungnade zu fallen, hier aussprechen will, wäre die, daß eine gar so dringende Nothwendigkeit für die Einberufung einer Konferenz augen- blicklich nicht vorhanden ist und es besser wäre, die Zahlstellen sollten das dafür nötige Geld der Hauptkasse zur Verfügung, indem ja so wie so nächstes Frühjahr die Generalversammlung unseres Verbandes statt- findet und dort vielleicht eine andere Orge- lung der Agitation beschlossen wird. Ich überlasse es jedoch ganz den Zahlstellen und werde, so bald ich von denselben Nachricht erhalte, sofort die nöthigen Schritte thun.

Mit kollegialem Gruß
P. Gebauer, Göttingstr. 5, Altenburg.

Jahres-Abrechnung

des Vertrauensmanns der Metallarbeiter für die Provinz Schleswig-Holstein und der freien Hansestadt Lübeck, vom 12. Okt. 1891 bis 31. Oktober 1892.

Einnahme. Rassenbestand M 7,70. Elmshorn d. S. 6. Flensburg d. S. 3,50. Neu- münster d. S. 10. Flensburg d. W. 11. Eckernförde d. S. 1,70. Kiel d. S. 40. Flens- burg d. M. 15. Lübeck d. S. 10. Rendsburg d. S. 15. Heide d. M. 8. Schleswig d. S. 10,80. Flensburg d. M. 14. Witona d. S. 19,50. Fehoe d. S. 1,40. Neumünster d. S. 6,90. Fehoe d. S. 7. Flensburg d. M. 10. Kiel d. S. 30. Summa 227,80.

Ausgabe. An den Vertrauensmann für eine Reise nach Elmshorn (betreffend Ver- sammlung) incl. Fahrgehalt und Diäten M 5,80, desgl. nach Tönning incl. Fahrgehalt und Diäten 1/2 Tag 12,30, desgl. nach Kiel incl. Fahrgehalt und Diäten 5,20, desgl. nach Fried- richs.. incl. Fahrgehalt und Diäten 5,10, desgl. nach Eckernförde incl. Fahrgehalt und Diäten, 1 Tag 7,80, für 5000 Quittungs- marken 16,50, an Porto für 78 Briefe à 10. 17 Briefe à 20 M = 11,20, desgl. für 23 Karten à 5, eine Anweisung zu 20 M = 1,35, Bestellsgehalt für 14 Anweisungen 0,70, für eine Depesche nach Schleswig 0,50, für An- noncen 7, für Schreibmaterialien incl. Pa- pier, Konvert und Quittungen 2,60, Sa. 76,05. Rassenbestand am 31. Oktober 1892 M 151,75. Revidirt und für richtig befunden: D. Weier, C. Lantau, M. Meiß, G. (Name unleserlich.) Werthe Genossen! Da ich in Folge der sonst mir obliegenden Arbeiten gezwungen war, meinen Posten als Vertrauensmann der Me- tallarbeiter für die Provinz Schleswig-Hol- stein in der am 6. November in Kiel statt- gefundenen Metallarbeiterkonferenz niederzu- legen, so ersuche ich alle Kollegen, welche noch im Besitze von Agitationsmarken sind, um-

gehend mit mir abzurechnen. Die nichtver- kauften Marken können am Orte bleiben, müssen aber auf der Abrechnung, welche an meine Adresse zu senden ist, mitvermerkt wer- den. Für das mir bisher geschenkte Ver- trauen danke ich, bitte dasselbe auf meinen Nachfolger, den Genossen Ernst Kappel, Kiel, zu übertragen.

Mit kollegialem Gruß
G. Dienau, Neumünster, Johannistr. 7.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart 3. B. Die 11. Jahrgang erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein ruhender Pol. — Zur Streitfrage über den Staats- sozialismus. Von G. v. Boller. — Der Parteitag und der Staatssozialismus. Von K. Stautsch. — Arbeiterzustände in Australien. Von Max Schuppel. (Fortl.) — Feuilleton: Kunde von Argendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

Die Kartelle. Von Adolph Braun. (Berliner Arbeiter-Bibliothek III. Serie, 5. Heft.) Berlin 1892, Verlag der Expe- dition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, 48 Seiten. Preis 25 M. Dieses neueste Heft der „Berliner Arbeiter-Bibliothek“ gibt eine wissenschaftliche und gemeinverständliche Darstellung über das Wesen der Kartelle und deren Entwicklung. Die Kartelle be- schleunigen die Akkumulation des Kapitals und die Auffassung der Mittel- und Klein- betriebe und führen den Kapitalismus zu dem Höhepunkte, in welchem er jeden gesell- schaftlichen Rückhalt verliert, indem nur noch eine Handvoll alles Besitzender hundertten Millionen nichts Besitzender gegenübersteht. Der Verfasser gibt zugleich eine Uebersicht der auf die Kartelle bezüglichen Literatur. Bei der Bedeutung, welche heute bereits die Kartelle im wirtschaftlichen Leben erlangt haben und welche noch stetig wachsen wird, ist diese Schrift allen, die sich für sozial- ökonomische Fragen interessieren, also insbe- sondere den Arbeitern, bestens zu empfehlen.

Stoffen zu Yves Guyot's und Sigis- mond Lecroix's „die wahre Gestalt des Christenthums“ (Etude sur les doctrines sociales ou christianismes). Nebst einem Anhang: Ueber die gegenwärtige und künf- tige Stellung der Frau. Von A. Bebel. Dritte durchgesehene Auflage. Berlin 1892. Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Ber- liner Volksblatt. VIII, u. 48 Seiten. Preis 30 M. Die Ausführungen der ausgezeich- neten Schrift von Guyot und Lecroix werden von Bebel in einzelnen Punkten einer ge- rechtfertigten Kritik unterzogen. Er tritt der Ausführung entgegen, als wenn die ideo- logische Philosophie Plato's die Quelle des Caesarismus wie der kirchlichen Herrschaft wäre, indem er nachweist, wie die Ideen- welt Plato's in den waterialien und sozialen Zuständen der Gesellschaft, innerhalb deren er lebte, ihre Wurzel hatte, und daß diese Ideenwelt ihre Herrschaft behaupten mußte, bis die Existenzbedingungen für eine andere gegeben waren. Der Anhang „Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau“, beleuchtet den Auspruch der glost- riesten Schrift, die Ehe soll ein Privatvertrag sein, gleichfalls vom Standpunkte der materialistischen Gesellschaftsauffassung.

Schutz gegen Frankheitsgefahr! Kurzer Rathgeber, wie wir unsere Ge- sundheit bewahren und uns gegen Krank- heiten, besonders ansteckende, schützen können. Von Dr. J. Jabel und Dr. A. Blafsch, Aerzte in Berlin. Vierte ver- mehrte und mit besonderer Berücksichtigung der Cholera umgearbeitete Auflage. Berlin 1892, Verlag von Max Bading. 24 Seiten. Preis 10 M.

Ein Alerweltberather für Jung und Alt. Jede neue Auflage von Meyers kleinem Konversations-Berikon ist für die Freunde dieses Kleinods von einem vollständigen Hausbuch ein willkommenes litterarisches Ereigniß. Und der Freundes- kreis dieses bewährten Nachschlagewerks ist wahrlich kein enghirniger. Zu ihm zählt sich vor allem jene große Mehrheit, welche, von dem Verlangen nach Befestigung und Erweiterung des eignen Wissens er- füllt, im täglichen Leben ein bequemes, überaus nützliches Anknüpfungsmittel für alle Wissensfähiger nicht entbehren und über her- aus tretende Fragen schnell und gründlich unter- richtet sein will. Längst vorüber ist die Zeit, wo man auf solche Nachschlagewerke mit Veringsachtung herabsah. Selbst der Ge- bildete ist heute nicht mehr im Stande, alle Gebiete des menschlichen Wissens zu be- herrschen, und er wird sich daher eines zu- verlässigen Nachschlagewerks kaum entziehen können. In unserer Zeit, in der die Grenzen des Bildungsbedürfnisses und der Bildungs-

*) Meyers kleines Konversations- Berikon. Fünfte umgearbeitete und ver- mehrte Auflage. 66 Lieferungen oder 3 Bände mit mehr als 100 Beilagen, Karten und Bilderbeilagen. Leipzig u. New-York, Biblio- graph. Institut.

notwendigkeit sich immer mehr erweitern, in solcher Zeit aufstrebender Volksbildung sind dergleichen Nachschlagebücher unentbehrlichste Hilfsmittel geworden, treue zuverlässige Führer durch alle Gebiete des menschlichen Wissens und Könnens, Stannenswerth ist es, wie auf verhältnismäßig geringem Raum ein so reiches Wissensschatz aufgespeichert werden konnte, und bewundernswürdig die Sicherheit, Klarheit und Schlagfertige Kürze, mit welcher jede Frage ihre Beantwortung findet.

Vollständig umgearbeitet, berichtigt, ergänzt und in seiner ursprünglichen Anlage erweitert, erscheint gegenwärtig Meyers Kleines Konversations-Lexikon in fünfter Auflage. Das Werk, welches vermöge seiner musterhaften Bearbeitung in der einschlägigen Literatur obenan steht, wird in ca. 78,000 knapp und klar gehaltenen Artikeln Auskunft über jeden nur denkbaren Gegenstand menschlicher Kenntnis geben. Größere Schrift und eine Vermehrung der Beilagen (allein 20 Chromotafeln) sind das äußere Merkmal der durchgreifenden Umarbeitung, während die genauere Prüfung ergibt, wie sehr das Werk bei tief gehender Behandlung zugleich durch eine erhebliche Erweiterung des Stoffes und dadurch hervorgerufene Vermehrung um etwa 700 Artikel, durch größere Präzision in den Erklärungen und planmäßige Durchführung der Nachweise gefunden hat. Welche Beiträge von Karten und Bildtafeln sind dem Buche eingefügt, um durch die Anschauung dem Lesern und bessern Verständlich entgegenzukommen. Trotz der wahrhaft glänzenden äußeren und inneren Ausstattung ist der Preis für das Buch ein so geringer, daß auch der minder Bemittelte sich dessen Dienste verschern kann. — Was hier zum Lobe einer der gemeinnützigsten deutschen Verlagsunternehmungen gesagt ist, findet seine Bestätigung in der That, daß der „Kleine Meyer“ bereits in den früheren Auflagen die Gunst und die Zuneigung des großen Publikums erworben hat. Sein Ruf und Ruhm ist in der ganzen zivilisierten Welt deutsch sprechender Sprache begründet, und die vorliegende neue Auflage wird daher nur das Erzeugene weiter ausbauen können.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ausbach. Sonntag, 20. Nov., Nachmittags 4 Uhr, Lokaleinweihung.
Aachen. (Allg.) Montag, 28. Novbr., Abends punkt 8 Uhr im Hause Gilschornschloßstr. 3, Versammlung. L.D.: Vortrag. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.

Bayreuth. Samstag, 19. November, hält die Filiale Bayreuth ihr erstes Stiftungsfest ab, bestehend in Konzert, komischen Vorträgen, Feste und Tanzunterhaltung. Hierzu laden wir alle Freunde und Kollegen von hier und Umgegend ein.

Berburg. Sonnabend, 19. November, Abends 8 Uhr, Versammlung in der „Schloßbrauerei“. Tagesordnung im Lokal.

Braunschweig. Sonnabend, 19. Nov., öffentliche Metallarbeiterversammlung. L.D.: Vortrag: „Nose oder Darwin“. Referent Herr W. Knaack. Um zahlreichem Besuch bitten die Einberufer.

Bremen. Sonnabend, 19. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Verkehrslokal, Sangerstr. 100.

Bremervorhaben. (Allg.) Sonnabend, 26. Nov., Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Vortrag. Weitere Tagesordnung in der Versammlung. — Der Fremdenverkehr befindet sich von heute an bei Deutmeier, Bremervorhaben, Osterstraße 8. Die Reisenden werden ersucht, sich danach zu richten. — Auszahlung der Reiseunterstützung bei Gottschalk, Bremervorhaben, Kurzstr. 22. III, Mittags von 12—1 Uhr, Abends von 7—9 Uhr.

Darmstadt. Samstag, 19. November, Abends halb 9 Uhr, im neuen Vereinslokal zur „Stadt Rannheim“, Schloßgasse 27, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. Fortsetzung der Vorlesung aus dem „Sozialpolitischen Zentralblatt“. Unsere Redanten und Verschiedenes.

Döbeln und Umg. Sonnabend, den 26. Nov., Abends halb 9 Uhr, öffentliche Mitglieder-Versammlung des D. M. A. L. D.: Abrechnung vom Formerstreit zu Döbeln. Abrechnung des Vertrauensmannes für September-Oktober. Wahl der Revisoren. Verschiedenes.

Präsidenten-Ausschüß u. Umgegend. Dienstag, 22. Nov., Abends halb 9 Uhr im Restaurant Otto Claus, Schöndorferstr. 1, öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen. L.D.: Vortrag des Genossen E. Möller. Thema wird in Nr. 21 der „Schl. Arb.-Ztg.“ gemacht. Wichtige Gewerkschaftsangelegenheiten. Bericht des Vertrauensmannes und der Revi-

foren, Neuwahl derselben. Bericht von dem Gewerkschaftsartikel u. s. w. Zahlgelegenheit und Mitgliederaufnahme.

Rüsselsdorf. Samstag, 26. Nov., Abds. halb 9 Uhr im Lokale des Herrn Schwarz, Schützen- und Verresheimerstr.-Ecke, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Wahl eines ersten Bevollmächtigten. Vortrag. — Jeden Sonntag von 11 bis halb 1 Uhr Ausgabe der Bücher aus der Bibliothek im Lokale der Be. Büchsen, Wallstr. 24.

Frankenthal. Samstag, 26. Novbr., Mitglieder-Versammlung bei Großsch. L.D.: Vortrag. Abrechnung über die letzte Rechnungsperiode. Verschiedenes. Diejenigen Mitglieder, welche noch Bücher von der Bibliothek länger als 4 Wochen im Besiz haben, werden ersucht, dieselben abzuliefern.

Freising. Samstag, 19. Nov., Mitglieder-Versammlung im „Münchener Hof“. — Den reisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß sich unsere neugegründete Herberge im „Gasthaus zum Jägerwirth“ befindet.

Gassen. Sonnabend, 19. Nov., Abends 8 Uhr im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Wenn die reisenden Mitglieder bis dahin ihre Beiträge nicht entrichten, werden sie nicht mehr ins neue Hauptbuch eingetragen und als ausgeschlossen betrachtet.

Görlitz. Montag, 21. Novbr., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Hellmann, Langenstraße 48. L.D.: Geschäftliches. Vortrag über: „Elektrische Kraft“.

Hamburg. (Sektion der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker u. v. B.) Versammlung jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat, Abends 9 Uhr bei Fährde, Groß-Neumarkt 38 II (Zentralverkehr der Metallarbeiter). Bevollm.: Ernst Habbe, Hamburg-St. Georg, Hamplaplatz IV bei Westphal, Kassirer: Th. Rede, Hamburg-Barmbeck, Wolkendorferstr. 44.

Hamburg-Altona. (Sekt. der Feilenhauer.) Sonntag, 20. Nov., Nachm. halb 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung. — Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an den Bevollmächtigten Franz Zipp, Wahrenseiberstr. 269 I, Ottensen.

Hildesheim. Der in letzter Versammlung beschlossene gemüthliche Abend findet am Sonnabend, den 26. November in unserem Lokal, bei Gastwirth Mehe, vorh. Brühl, statt. Wir ersuchen um allgemeine Theilnahme. — Die deshalb verlegte Versammlung wird baselbst am Mittwoch, 30. November, abgehalten.

Kaiserlautern. (Allg.) Sonntag, 20. Nov., Nachmittags 3 Uhr im „Saalbau“, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Erheben der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Karlsruhe. Samstag, 10. November, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Abrechnung pro Sept.-Okt. Verschiedenes.

Kirchheim a. Neck. Samstag, 19. Nov., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal (S. Gehring am Fingelwasen). L.D.: Neuaufnahmen. Verschiedenes.

Leipzig. In der Zeit vom 11. bis 12. Nov. mber ist uns im Herbergs- und Verkehrslokal eine blecherne Sparbüchse mit Inhalt von 3—4 M., welche vorzeitig an einer Kette angebracht war, gestohlen worden. Selbiges Geld war freiwillige Sammlung von den Kollegen am Orte und wurde für die ausgefallenen Verbandskollegen verwendet. Darum bitten wir die Reisenden, sowie die Kollegen am Orte, welche von den Spitzhunden etwas hören, dringend, uns davon Mitteilung zu machen. — Gleichzeitig machen wir die reisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß wir die Tour von Eilenburg und Würzen bis Leipzig laut Statut nicht auszahlen können.

Der Vertrauensmann: Otto Waibel. Leipzig. (Feilenhauer.) Wir theilen den reisenden Kollegen mit, daß das Ausschauen strengstens verboten ist. Diejenigen Kollegen, welche nachweisen, daß sie dem D. M. A. L. angehören, erhalten eine Extraturatgeber-Versicherung im Betrage von 50 J auf der Metallarbeiterherberge, Schüttels Hof, Gerichtsweg 14.

Leipzig. Sonnabend, 19. Nov., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthof zu den 3 Bergen. Mitgliedsbücher zur Stelle.

Neumied. Sonnabend, 19. November, Abends halb 9 Uhr in unserem Lokal (Schuhmacher) am Rheinufer) Tanzfränzchen, wozu von Mitgliedern ein Eintrittsgeld von 20 J und Nichtmitgliedern 30 J erhoben wird. — Die Herberge für Durchreisende befindet sich Schloßstraße 72 bei Fripichin; daselbst wird Abends 8 Uhr auch die Unterstüßung ausbezahlt.

Nürnberg. (Sektion d. Metallarbeiter.) Samstag, 19. Nov., Mitglieder-Versammlung. — Sonntag, 20. Nov., Vorschlag zu Mitglied Böhms, früher Gebhardt'sche Wirthschaft, Lange Gasse.

Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 26. Novbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal, „König von England“, Brettegasse.

Nürnberg. (Sektion der Reijzeug-Industri.) Sonntag, 20. Nov., Vorschlag in die „Kotho Giede“, Wöhrder Hauptstraße. Die Mitglieder werden ersucht, die Vorschläge besser zu besuchen.

Nürnberg. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Sonntag, 27. Nov., Vorschlag zu Mitglied Heubel, „Restaurations Kornblume“, Mägdelborferstr.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 26. Nov., Abds. 8 Uhr im Restaurant „Sängertranz“, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. — Den Kollegen Heinrich Wöhringer, Buch Nr. 20260 und Ernst Wöhringer, Buch Nr. 86489, zur Kenntniß, daß ihre Mitgliedsbücher, welche von den angegebenen Adressaten nicht angenommen wurden, an den Zentralvorstand geschickt sind.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 27. Nov., Abends 8 Uhr im „Bürgeraal“ für sämtliche Gewerkschaften Konzert. — Am gleichen Tage Nachmittags Vorschlag in die Restauration Neubauer, Austr. 66, Hofstr. 11.

Pforzheim. Samstag, 19. Nov., Abds. 8 Uhr im „Goldenen Löwen“, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Stiftungsfest mit Weihnachtssfeier. Bericht der Gewerkschaftskommission. Verschiedenes. — Die Mitglieds-

bücher sind behufs Revision in der Versammlung dem Kassirer abzugeben. Die Mitgliedsbücher, welche nicht abgegeben werden, werden vom Zeitungsträger abgeholt.

Rade v. W. Sonntag, 20. November, Nachmittags halb 5 Uhr, Versammlung bei Fiedlinghaus. L.D.: Vortrag. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes.

Schalke. Die Mitglieder der hiesigen Ortsverwaltung des D. M. A. L. werden hiermit zu einer Vorstandssitzung auf Sonntag, den 20. Nov., Vorm. 11 Uhr, ins Vereinslokal eingeladen. Um pünktliches Erscheinen ersucht der Bevollmächtigte.

Stuttgart. Samstag, 19. Novbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der altdeutschen Bierkneipe von G. Weich, Katharinenstraße. Die Tagesordnung wird in der „Schwäb. Tagwacht“ bekannt gegeben.

Tutzingen. Donnerstag, 24. Novbr., Versammlung im Gasthaus zur „Sonne“, Stuttgarterstr. — Zentralherberge ebenfalls.

Wald. Sonntag, 20. Nov., öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Lokal des Herrn Wily. Hebel. Tagesordnung im Lokal.

Würzen. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 19. Nov., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Thüringer Hof“. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes. Fragekasten.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 19. November verstarb unser Kollege

F. Megger.

Flaschner, im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit. Wir verlieren an demselben ein treues Mitglied und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.

D. M. A. L. Nürnberg, Sektion der Flaschner.

Bekanntmachung.

Hiermit machen die Unterzeichneten bekannt, daß die von Seiten des Mechanikers M. Bucht noch restirenden M 15,70 an die Liquidations-Kommission des Verbandes deutscher Mechaniker u. v. B. jetzt bezahlt worden sind. — Abrechnung: Zeilversäumniß, Porto und sonstige Unkosten des Mechanikers Vorath 3 M. Do. des Mechanikers Rede M 2,70. Sa.: M 5,70. An die Hauptkasse abgehandelt 10 M.

Hamburg, 18. November 1892.

H. Vorath. Th. Rede.

Achtung Metallarbeiter!

Wir warnen die Kollegen allerorts vor dem Maschinenbauer Wilh. Bräutigam, geboren am 12. April 1871 zu Dortmund, zuletzt hier in Arbeit, da derselbe unter Mitnahme von Verbandsgebern von hier fortgegangen ist. Wir ersuchen die Kollegen des Ortes, wo B. in Arbeit tritt, die Adresse desselben an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

D. M. A. L. Verwaltungsstelle

Rade v. Wald.

Fr. Bernhardt, Kottenstraße 12.

Aufforderung. Der Schlosser Friedrich Schlegel aus Sorau wird ersucht, seine Adresse an die Verwaltungsstelle zu Neumünster gelangen zu lassen. Die Herren Ortsbeauftragten werden gebeten, sich darauf aufmerksam zu machen.

Warnung. Wir warnen die Kollegen allerorts vor dem Feilenhauer Aug. Baumann aus Furth im Wald, Buch Nr. 34164, sowie vor dem Besetzermeister Friedr. Bürkert aus Sifingen (Gmünd) Buch 36519. Dieselben haben hier verschiedene Schwindeltellen verübt. Allgem. Verw. Ehlingen.

Verlag von F. F. Voigt in Weimar.

Das Berechnen

Schneiden der Gewinde.

Ein praktisches Hilfsbuch für den Eisen- und Metalldreher bearbeitet von Gr. Lukasiewicz, Maschinenstecher. Mit 16 Abbildungen. 1891. gr. 8. Geh. 2 M 50 J. Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Zu der am Samstag, den 19. November stattfindenden Hochzeit unseres Bevollmächtigten Max Riffhauer bringen wir unsere herzlichsten Glückwünsche dar. Die Mitglieder des D. M. A. L. Pforzheim.

Der Schlosser Alfred Kronig wird um seine Adresse gebeten, damit ihm sein Mitgliedsbuch zugesandt werden kann. H. Gärner, Dortmund, Leonoldstr. 60.

Im Verlage von G. Stomke-Bielefeld ist erschienen und durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen

Immerwährender Wandkalender für Arbeiter.

Preis 50 J. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Den Bestellungen direkt am Verlage sind 60 J in Briefmarken beizufügen, wofür 1 Exemplar franco zugesandt wird.

Technicum Mittweida. — Maschinen- Ingenieur- Schule b) Werkmeister- Schule. — Vorunterricht frei. —

M E Y E R S KLEINES KONVERSATIONS-LEXIKON Fünfte, neubearbeitete und vermehrte Auflage 78,000 Artikel und viele hundert Abbildungen, Karten u. a. 66 Lieferungen zu je 30 Pfennig = 18 Kreuzer oder 3 Halbfranzbände zu je 8 Mark = 4 Fl. 80 Kr. Die ersten Lieferungen zur Ansicht. — Prospekte gratis. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.